

Uebersicht der Ereignisse des Jahres 1869.

Wie in den beiden Vorjahren so blieb auch im Jahre 1869 ^{Deutsch-} der Friede in Mitteleuropa erhalten und er schien am Ende des ^{Land.} selben auf weitere unbestimmte Zeit gesichert zu sein, gesicherter als bisher wenigstens in soferne, als man sich der Hoffnung hingeben zu dürfen glaubte, daß sich Frankreich vielleicht allmählig doch in die durch das Jahr 1866 geschaffenen neuen Zustände in Deutschland finden und schließlich darauf verzichten würde, der allerdings unabwendbaren Vervollendung der deutschen Dinge unter Preußens Führung gewaltsam entgegenzutreten zu wollen. Preußen that aber auch seinerseits Alles, um den Franzosen dieß zu erleichtern. Ohne im mindesten auf die Idee, den norddeutschen Bund dereinst zu einem allgemein deutschen zu erweitern und ohne freilich auf der andern Seite die immer festere Gliederung und Ausbildung des norddeutschen Heerwesens auch nur einen Augenblick zu vernachlässigen, um für alle Fälle gerüstet und jedem Feinde, er möchte sein wer er wollte, gewachsen zu sein, suchte es doch selbst den Schein zu vermeiden, als ob es darauf ausginge, den freien Entschlüssen der süddeutschen Staaten Gewalt anzuthun und dieselben irgendwie zum Eintritte in den norddeutschen Bund zu zwingen. So geneigt und bereit Baden auch anerkannter und unbestrittener Maßen zu diesem Schritte seinerseits war, Preußen bot die Hand dazu nicht und zwar unzweifelhaft bloß darum nicht, weil es den Franzosen diesen Grund oder Vorwand, sich in die Entwicklung der deutschen Dinge zu mischen, den Frieden zu brechen und zum Kriege zu greifen, nicht in die Hand geben wollte; ebenso ruhig sah es den leidenschaft-



Deutsches
Land. lichen Agitationen der württembergischen Demokraten und der bayerischen Ultramontanen gegen die sog. Verpreußung zu, überzeugt, daß dieselben auf die Dauer doch nicht im Stande wären, dem Drange der Nation und der Macht der eingetretenen Entwicklung zu widerstehen. Nicht wenig aber wurde die Erhaltung des Friedens Preußen dadurch erleichtert, daß Frankreich während des Jahres 1869 eine innere Krisis durchmachte, welche die Nation von den auswärtigen Angelegenheiten wenigstens momentan wesentlich abzog, während Oesterreich, auf dessen Beistand die französische Regierung zählte und zählen mußte, wenn sie daran denken wollte, Preußen von der erklimmenen Höhe mit überlegenen Kräften und darum mit einer gewissen Sicherheit wieder herunterzustürzen, einer neuen inneren Krisis entgegen ging, die das alte Reich der Ruhe, der es ohnehin bedurfte, noch bedürftiger und für eine aggressive und jedenfalls sehr gewagte Politik wenig geeignet macht, so geneigt auch eine immer noch einflußreiche Partei sein mochte, Preußen zu demüthigen und die alte Stellung in Europa wo möglich wieder zu erringen. Inzwischen hatte Preußen die Gelegenheit zum Kriege, die sich ihm in der Luxemburger Frage unter nicht ungünstigen Umständen dargeboten, selbst mit einem Opfer, dessen Bedeutung es gar wohl erkannte, vorüber gehen lassen und vermied es auch seither, irgendwie Anlaß zum Kriege zu geben, nicht bloß aus Friedensliebe, sondern wohl eben so sehr, um die Dinge in Norddeutschland sich mehr und mehr setzen und consolidiren zu lassen, bevor es auf der betretenen Bahn einen entscheidenden Schritt weiter gehe, zu dem die Umstände doch nach allen Seiten günstig sein mußten, wenn es das bereits Gewonnene nicht selber wieder in Frage stellen oder doch wesentlich gefährden wollte.

Daß aber das von Preußen für sich und für das gesammte Deutschland vorerst Erreichte nicht nur etwas Großes, daß es auch vollkommen lebensfähig und der Krystallisationspunkt ist, an den sich alles Weitere bis zur schließlichen Erstellung des ganz Deutschland umfassenden nationalen Bundesstaates anschließen muß und anschließen wird, wenn man nicht entweder wieder in die alte Schwäche und Unfreiheit, wovon keine Rede sein kann, zurücksinken oder aber sich, wie die württembergischen Demokraten Utopien hingeben will, die wenigstens zur Zeit noch sehr weit davon entfernt

sind, sich irgendwie realisiren zu lassen, davon mußten sich auch die verbissensten Feinde Preußens im Laufe des Jahres mehr und mehr überzeugen, so schwer es ihnen auch noch fällt, es einzugestehen und danach zu handeln, was sie doch sehr wohl könnten, ohne darum auf ihre politischen Principien zu verzichten, was Niemand von ihnen verlangt. Der norddeutsche Bund consolidirt sich entschieden und äußert mehr und mehr seine heilsamen Rückwirkungen auf Preußen nicht minder als auf Sachsen und die übrigen Kleinstaaten, aus denen er zusammengesetzt ist. Unläugbar ist die Entwicklung und Ausbildung des neuen Bundesstaats nach der rein politischen Seite hin eine nur sehr langsame und mühselige und die Ungeduld, die darüber vielfach und laut zu Tage tritt, ist eine vollkommen begreifliche. Wenn man aber erwägt, welche Schwierigkeiten die Bundesregierung und der Bundeskanzler als die Seele derselben zu überwinden haben, wie tief sich der enge und vielfach kleinliche Particularismus seit Jahrhunderten in Nord- und Süddeutschland eingewurzelt hat und seine Stärke unleugbar nicht bloß in den Regierungen, denen fortwährend neue Opfer und immer wieder neue Opfer zugemuthet werden, sondern auch in einem durchaus nicht gering zu schätzenden Theile der Bevölkerungen findet, so wird man sich über jene Langsamkeit kaum wundern dürfen und dem Bundeskanzler keinen Vorwurf machen, wenn er äußerst vorsichtig nichts überstürzen will und manches als reife Frucht von der Zeit und ihrer stillen aber rastlosen Arbeit erwartet, was die Ungeduld sofort erzwingen möchte und als reif ansieht, es aber entschieden noch ist. Die Bundesverfassung ist unzweifelhaft nur ein Provisorium, eingestandener Maßen voller Lücken und Mängel, der Doctrin über die beste der Verfassungen nur sehr wenig entsprechend. Aber sie entspricht wenigstens leidlich den thatsächlichen Zuständen, zumal der Thatsache, daß der norddeutsche Bund selber nur einen Uebergang darstellt und darstellen soll, wenn es auch momentan allerdings den Anschein hat, als ob dieser Uebergangszustand ziemlich lange dauern sollte. So lange wird man sich allerdings mit dem Wenigen und Unvollkommenen begnügen und mit dem Bundeskanzler zufrieden sein müssen, und damit, daß vorerst nur kleine und langsame Fortschritte überhaupt möglich sind, wofern nur keinerlei Rückschritte, in welcher Beziehung immer, gemacht werden. Und das

Deutsch-
land.

Nordb.
Bund. wenigstens ist in der That nicht der Fall. In allen übrigen nicht rein politischen Beziehungen macht dagegen der norddeutsche Bund augenscheinlich mächtige und sichere Fortschritte und wächst so zu sagen sichtlich zu einem lebensvollen Ganzen zusammen. Unter der sicheren Leitung des Bundeskanzlers ist die preussische Diplomatie mit den größeren Zielen offenbar gewachsen und vertritt nach allen Seiten thatsächlich mit dem norddeutschen Bunde ganz Deutschland, indem die Diplomatie der Einzelstaaten, obwohl sie theilweise noch besteht, mehr und mehr in völlige Bedeutungslosigkeit herabsinkt, wovon sich die Regierungen allgemach doch selbst zu überzeugen scheinen, wenn es sie auch große Ueberwindung kosten mag, die theure Spielerei ganz aufzugeben. Bis zum Jahre 1866 waren ferner die Streitkräfte der Kleinstaaten ohne allen, diejenigen mehr als eines Mittelstaats wenigstens nur von einem ziemlich zweifelhaften Werthe. Das ist jetzt in der so kurzen Spanne Zeit bereits ganz anders geworden. Eingefügt in den großen Rahmen des preussischen Militärsystems und einem und demselben Befehle unterstellt, bilden sie schon jetzt einen nicht ganz unerheblichen Theil der norddeutschen Bundesarmee und wenn Preußen schon im Jahre 1866 mit seinen damals noch verhältnißmäßig beschränkten Kräften eine gewaltige überraschende Macht entwickelte, so steht Norddeutschland heute jedenfalls noch ganz anders da, und war Preußen damals Oesterreich, so ist es mit dem norddeutschen Bunde heute auch Frankreich, selbst ohne Süddeutschland in Rechnung zu ziehen, höchst wahrscheinlich vollkommen gewachsen, wenn es auch nicht für nöthig erachtet, dieß jeden Augenblick officiell zu erklären, wie dieß in Frankreich Preußen gegenüber der Fall ist. Aber die gewaltigsten und zugleich heilsamsten Fortschritte hat der norddeutsche Bund auf dem wirthschaftlichen Gebiete gemacht, obwohl auch noch auf diesem manches zu thun übrig bleibt, wie namentlich der Uebergang von dem System der Matricularbeiträge zu demjenigen directer Bundesumlagen, ein übrigens bereits mehrfach sowohl im preussischen Landtage als im Reichstage angeregter Schritt, der erst den Bund vollkommen auf seine eigenen Füße zu stellen geeignet sein wird. Auch so läßt sich nicht leugnen, daß manches geschehen und noch mehreres vorbereitet ist, was die befriedigendsten Aussichten eröffnet und einen Rückfall in den alten Egoismus der Theile gegenüber den berechtigten



Anforderungen des Ganzen als rein unmöglich erscheinen läßt, und alle Hoffnungen auf einen befriedigenden Fortgang und endlichen Abschluß des begonnenen großen nationalen Werkes nährt und stärkt. North.
Bund.

Große nationale Errungenschaften haben noch überall und jederzeit durch große, auch materielle Opfer erkauft werden müssen. Auch im norddeutschen Bunde bewährte sich diese Thatsache. Zunächst fühlten es allerdings und in sehr empfindlicher Weise die demselben angehörigen Kleinstaaten, denen daraus der heilsame Zwang erwuchs, ihren bisherigen Verwaltungsapparat, der zu ihrer Kleinheit in einem vielfach geradezu umgekehrten Verhältnisse stand, zu beschneiden und zu vereinfachen. Aber auch für Preußen stellte sich, wie der Finanzminister behauptete, seit 1866 ein jährliches Deficit in seinem Staatshaushalte heraus. Verglichen mit der Finanzlage aller übrigen europäischen Großmächte, England allein ausgenommen, war dasselbe freilich höchst unbedeutend und kaum der Rede werth. Allein bei der überaus soliden Finanzwirthschaft Preußens erregte es doch Bedenken und mußte auf irgend eine Weise beseitigt werden. Der Landtag wäre dazu auch ohne Zweifel vollkommen bereit gewesen, aber freilich nur unter Bedingungen, die der Regierung nicht genehm gewesen wären. Die letztere machte daher schon bei Beginn der Session von 1868 auf 1869 den Vorschlag, das Deficit von circa 5 Mill. Thln. diesmal aus den Baarbeständen der Staatskasse zu decken und das Abgeordnetenhaus hatte sich damit einverstanden erklärt, so daß eine grundsätzliche Erledigung der Frage vorerst noch verschoben blieb. Der Etat für 1869 hatte indeß auch diesmal wieder nicht rechtzeitig d. h. vor Ende 1868 vereinbart werden können und die vollständige Durchberathung desselben war daher die nächste Aufgabe, der sich das in den ersten Tagen des Jahres 1869 wieder zusammentretende Abgeordnetenhaus unterzog. Im Uebrigen bot der Etat keine allzu großen Schwierigkeiten dar und obgleich die Regierung nicht alle ihre Forderungen durchsetzte, hatte sie doch im Ganzen Ursache, zufrieden zu sein. Daneben beschäftigte das Haus eine Reihe tiefgreifender politischer Fragen. Bekanntlich war dasselbe im Jahre vorher nicht ohne Schwierigkeit von der Regierung dazu vermocht worden, den depesidirenden Fürsten von Hannover, Kurhessen und Nassau überaus reichliche

Herb. Bund. Dotationen zuzugestehen, ohne daß dieselben darum auf ihre Rechtsansprüche formell verzichteten, aber in der Voraussetzung, daß dieß wenigstens thatsächlich der Fall sei. Diese Voraussetzung hatte sich indeß nicht bestätigt und die preussische Regierung genöthigt, die eben bewilligten Summen bezüglich des gewesenen Königs von Hannover und des gewesenen Kurfürsten von Hessen schon wenige Tage nachher mit Beschlag zu belegen. Die Regierung legte nun die Maßregel dem Landtage zur Genehmigung vor und das Abgeordnetenhaus genehmigte dieselbe auch am 29. und 30. Januar nach einläßlicher lebhafter Debatte mit großen Mehrheiten, doch nicht ohne den Zusatz, daß eine Wiederaufhebung der Beschlagsnahme nur durch ein Gesetz, d. h. nicht ohne Zustimmung des Hauses erfolgen könne, womit sich die Regierung einverstanden erklärte. Gefährlich ist die Agitation der beiden vertriebenen Fürsten von Hannover und Kurhessen zumal bei der Persönlichkeit derselben für Preußen allerdings in keiner Weise, wenn auch gerade das Jahr 1869 eine Reihe von Thatsachen zu Tage förderte, die keinen Zweifel darüber lassen, daß zumal im ehemaligen Königreich Hannover ein sehr ansehnlicher Bruchtheil der Bevölkerung sich vorerst nicht daran gewöhnen will, Preußen anzugehören und auf die ehemalige Selbstherrlichkeit zu verzichten. So gab die Freisprechung des Göttinger Professors Erwalb, eines verbissenen Preußenfeindes, in einem von der Regierung gegen ihn angestregten Preßprozeß der Bevölkerung der ehemaligen Residenzstadt Hannover Gelegenheit, ihn sofort in den norddeutschen Reichstag zu wählen, und fielen später die Wahlen in den Gemeinderath eben daselbst ganz antipreussisch aus, so daß derselbe nunmehr überwiegend welfisch zusammengesetzt ist, während auch der hannover'sche Adel in seiner Mehrheit bei seiner antipreussischen Gesinnung beharrt, obgleich die Regierung ihn nicht bloß schon, sondern fortgesetzt in jeder Weise zu gewinnen sucht. Noch entschiedener aber trat im Herbst des Jahres die Opposition der lutherischen Kirche Hannovers gegen Preußen und dessen angebliche Unionstendenzen hervor und zwar in einer wenigstens für diejenigen, die dieser Kirche nicht angehören, geradezu widerlich engherzigen und beschränkten Weise. All das ist allerdings geeignet, der preussischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, nicht aber irgendwie wirkliche Gefahren. Ohne bis zur Vernichtung niedergeworfen zu sein, wo-



zu doch wahrlich ganz und gar keine Aussicht ist, wird Preußen^{Preußen.} nimmermehr darein willigen, seine östlichen und westlichen Provinzen wieder auseinander reißen zu lassen und selbst wenn dieß denkbar wäre, so hat es doch etwas geradezu Widersinniges, Fürsten wie den Ex-König Georg von Hannover oder gar den Ex-Kurfürsten von Hessen wieder restituiren zu wollen. Die Opposition in Hannover ist denn auch in der That trotz aller anscheinend welfischen Färbung weniger eine solche, als eine particularistisch antipreußische und wird durch den Fortgang der Entwicklung selbst überwunden werden. Sogar die von König Georg in Frankreich unterhaltene sog. Welfenlegion war kaum jemals geeignet, Preußen wirkliche Besorgnisse einzulösen, obgleich sie neben anderen Umtrieben mit als Hauptgrund für die Beschlagnahme-Maßregel dienen mußte; sie stellte vielmehr bloß den durchaus anti-nationalen Sinn des Exkönigs ins hellste Licht und daß er bereit wäre, auch zu den verwerflichsten Mitteln zu greifen, wosferne sie nur geeignet wären, ihn auf den verlorenen Thron zurückzuführen. Das Abgeordnetenhaus aber war froh, die nur ungerne bewilligte, in der That übertriebene Dotation der beiden Fürsten zurückzunehmen und beide dürfen überzeugt sein, daß dasselbe in eine Aufhebung der Beschlagnahme niemals einwilligen wird, wenn dieselben sich nicht entschließen, auf ihre Ansprüche ohne allen Vorbehalt und für immer zu verzichten. Im Gegensatz gegen diese beiden Fürsten ist dagegen anzuerkennen, daß der Herzog von Nassau und der übrigens von Preußen unbilliger Weise nicht entschädigte Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein ihr Schicksal mit Würde trugen. Unmittelbar an diese Angelegenheit schloß sich die Erledigung des immer noch unausgetragenen Streites über die Aufschiedung zwischen Stadt- und Staatsgut der ehemaligen freien Stadt Frankfurt und die daran sich knüpfende Entschädigungsfrage. Von der Generosität, welche die preußische Regierung gegenüber den depossedirten Fürsten an den Tag gelegt hatte, war gegenüber der depossedirten Stadt in der That seither nichts zu bemerken gewesen. Ihre theilweise nicht unbilligen Forderungen hatten über alles Maß auf ein Minimum reducirt werden sollen. Die Stadt war darauf nicht eingegangen und ein freiwilliges Abkommen mit derselben darum bisher nicht zu Stande gekommen. Schließlich suchte die Regierung dadurch auf die Stadt einen Druck auszuüben, daß sie dem Land-

Preußen. tage eine Vorlage behufs gesetzlicher Regelung der Angelegenheit zugehen ließ. Daran knüpften sich neue Unterhandlungen. Hatte die Regierung bisher die Stadt nur mit etwas mehr als einer Million Gulden abfinden wollen, so erklärte sie sich jetzt, um auch ihrerseits entgegen zu kommen, zu einer wesentlichen Erhöhung der Summe bereit und ging schließlich bis auf zwei Millionen. Aber die Stadt forderte deren drei und die antipreußische Partei in derselben fand auch das noch viel zu wenig. Die Regierung erklärte jedoch entschieden, über zwei Millionen nicht hinausgehen zu wollen und die Frage fand schließlich nur dadurch ihre Erledigung durch freies Einverständniß, daß der König die dritte Million großmüthig aus seinem Privatvermögen beifügte. Die ganze Haltung der preußischen Regierung gegen Frankfurt seit den Contributionen von 1866 gereicht derselben keineswegs zu besonderer Ehre und der Finanzminister v. d. Heydt hatte die Tactlosigkeit, den ehemaligen Republikanern die Bezeichnung jener dritten Million als eines „Gnadengeschenk“ des Königs an den Kopf zu werfen, wogegen dieselben ausdrücklich protestirten. Ein Vorfall, der bald darauf eintrat, zeigte freilich auch die Opposition der Frankfurter gegen die Einverleibung in einem nichts weniger als ehrenvollen Lichte. Eine nicht unbeträchtliche Zahl von Frankfurter Familien hatte für ihre Söhne gegen ein Billiges Bürgerrechte in der Schweiz erworben und darauf hin von der preußischen Regierung die Entlassung derselben aus dem preußischen Staatsverbannde verlangt und erhalten, gleich wie für Auswanderung, obgleich sie dieselben ruhig in Frankfurt und in ihren Geschäften ließen, lediglich um sie auf diese Weise der Wehrpflicht in Preußen zu entziehen. Sobald sich nun die Regierung davon überzeugte, verlangte sie auch die wirkliche Auswanderung und drohte im entgegengesetzten Falle mit der Ausweisung der Betreffenden. Unglücklicher Weise für diese lehnte es der schweizerische Bundesrath ab, sich ihrer, wenige Fälle ausgenommen, anzunehmen, da sich die öffentliche Meinung in der Schweiz selber gegen den in der ganzen Angelegenheit zu Tage getretenen Bürgerrechtsjacher aufs entschiedenste ausgesprochen hatte. Die meisten Entlassungen wurden rückgängig gemacht und die noch nicht erledigten Gesuche zurückgezogen. Auch Frankfurt wird sich nach und nach in sein Schicksal zu fügen lernen. Eine Debatte anderer

und viel bedeutsamerer Art als die Beschlagnahme des Vermögens Preußen: der Depositarien oder die Abfindung Frankfurts rief im preussischen Abgeordnetenhaus die Vorlage der Regierung betreffend eine anderweitige Feststellung der Wahlbezirke für die älteren preussischen Provinzen hervor. Nach derselben sollte für jeden Wahlbezirk künftig nur Ein Abgeordneter gewählt werden und die Wahlbezirke größtentheils mit den Landrathsbezirken zusammenfallen. Es lag auf der Hand, daß die Wahlen dadurch noch mehr als bisher dem Einflusse der Regierung anheim gegeben worden wären. Alle Fractionen des Abgeordnetenhauses, auch die sogenannte frei-conservative, nur die rein conservative oder feudale allein ausgenommen, waren denn auch sofort darüber einig, daß die Vorlage abzulehnen sei. Dagegen knüpften die verschiedenen Fractionen an den Verwerfungsantrag verschiedene Wünsche, die für die Bewegung der Geister innerhalb des norddeutschen Bundes sehr bezeichnend sind. Die Freiconservativen wollten „der Regierung zur Erwägung geben, ob es sich nicht im politischen Interesse empfehlen dürfte, die Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses in Bezug auf die Abgrenzung der Wahlbezirke, den Wahlmodus (allgemeines Stimmrecht) und die Zahl der Abgeordneten mit der des Reichstags in Einklang zu bringen und damit eine nähere organische Verbindung der beiden Körperschaften wenigstens anzubahnen“. Die Fortschrittspartei begnügte sich mit dem Wunsch auf Einführung des allgemeinen, gleichen, directen und geheimen Stimmrechts wie für den Reichstag, so auch für das preussische Abgeordnetenhaus, wollte dagegen die Regierung sofort damit beauftragt wissen, schon in der nächsten Session einen Gesetzentwurf in diesem Sinne einzubringen. Am weitesten ging die national-liberale Partei, die geradezu darauf drang, „die Zusammensetzung des preussischen Landtags mit der des Reichstags in Einklang zu bringen“, d. h. nicht bloß das allgemeine Wahlrecht auch für den Landtag einzuführen, sondern auch das preussische Abgeordnetenhaus allfällig bloß aus dem preussischen Mitgliedern des Reichstags bestehen zu lassen und das Herrenhaus gänzlich abzuschaffen, da der Reichstag bekanntlich ein solches nicht kennt. In der Debatte sprach sich der Bundeskanzler gegen diese Wünsche aus, indem er auf die Schwierigkeiten ihrer Realisirung hinwies und als der § 1 der Vorlage abgelehnt wurde, zog die Regierung dieselbe alsbald zurück.



Preußen. Die vom Grafen Bismarck erhobenen Schwierigkeiten lassen sich allerdings nicht verkennen, aber ebenso wenig läßt sich läugnen, daß die Maschinerie des preuß. Landtags, des Reichstags und des Zollparlaments eine überaus schwerfällige ist und daß früher oder später eine Vereinfachung nothwendig gesucht werden muß und wohl auch gefunden werden wird. Von den übrigen Verhandlungen und Beschlüssen des Abgeordnetenhauses während des ins Jahr 1869 fallenden Restes der Session verdient erwähnt zu werden, daß die vom Cultusminister v. Mühler vorgeschlagene Aufhebung derjenigen Verfassungsbestimmung, welche die Unentgeltlichkeit des Volksunterrichts ausspricht, am 10. Februar mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Derselbe Minister unterlag auch (18. Februar) in der Frage der Wittwen- und Waisenkassen für Elementarschullehrer, indem eine starke Mehrheit trotz seines heftigen Widerstrebens beschloß, daß die Pensionen der Schullehrer, so weit sie durch die Beiträge der Lehrer selbst und der Gemeinden nicht gedeckt werden könnten, bis auf die Minimalhöhe von 50 Thln. auf die Staatskasse zu übernehmen seien. Das preußische Abgeordnetenhaus ist verfassungsmäßig außer Stande, den Minister Mühler, der ein auf die Dauer absolut unhaltbares politisch-kirchliches System mit Gewalt aufrecht erhalten will, zu beseitigen oder seine Entlassung zu erzwingen, aber indem es alle seine Anträge ablehnt, gibt es ihm das, was allein in seiner Hand liegt, ein fortgesetztes Mißtrauensvotum, dem er mit der Zeit doch erliegen muß. Nicht viel besser erging es seinem Collegen, dem Minister des Innern, Graf Eulenburg. Derselbe brachte endlich (Ende Januar) den so lange geforderten und so oft versprochenen Entwurf einer neuen Kreisordnung zunächst für die östlichen Provinzen der Monarchie fertig und legte ihn vorerst einer Anzahl von Vertrauensmännern aus beiden Häusern des Landtags vor. Er fand aber so entschiedenen Widerspruch, daß die Verhandlungen darüber schon zu Anfang März ohne Resultat abgebrochen wurden und der Minister sich entschließen mußte, denselben für die nächste Session völlig umzuarbeiten, wofern er Aussicht haben wollte, sein Elaborat von einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses auch nur als brauchbare Verhandlungsgrundlage angenommen zu sehen. Am 6. März wurde die Session des Landtags geschlossen, über deren Resultate sich der Ministerpräsident in seiner Schlußrede Namens

des Königs sehr befriedigt äußerte, indem er der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß „die Vermittlung widersprechender gleichberechtigter Ueberzeugungen und damit die Ueberwindung einer vom parlamentarischen Leben unzertrennlichen Schwierigkeit in der gegenwärtigen Session in einem Maße gelungen sei, das einen entschiedenen Fortschritt unserer verfassungsmäßigen Entwicklung bekunde“.

An den Schluß des preußischen Landtags schloß sich unmittelbar die Eröffnung des norddeutschen Reichstags an. Die Thronrede des Königs von Preußen warf einen Blick auf die vielen und wichtigen Arbeiten, die desselben harrten. Als die bedeutsamsten mögen die Berathung des Gewerbegesetzes, die Vorlage eines Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz und die, nicht von Preußen, sondern von Sachsen angeregte Errichtung eines obersten Gerichtshofs in Handelsfachen hervorgehoben werden; daran schienen sich, wie übrigens in der Thronrede nur im allgemeinen angedeutet ward, eine oder mehrere Steuervorlagen anschließen zu sollen. Indem der Reichstag derartige Vorlagen gewärtigte, nahm er vor Allem aus die in der vorigen Session unerledigt gebliebene Gewerbeordnung in Angriff und widmete ihrer gründlichen Berathung eine Reihe von Sitzungen. Am 31. Mai wurde sie in dritter Lesung endgiltig angenommen, nachdem die ursprüngliche Vorlage der Regierung vielfach in entschieden liberalem Sinne modificirt worden war. So wie sie aus dem Reichstage hervorging, machte sie nicht nur einer Masse engherziger Beschränkungen und veralteter Vorurtheile in einer Reihe von Kleinstaaten mit einem Schlage ein Ende, sondern bezeichnete sie auch für Preußen, obgleich dieses in dieser Frage von je her freieren Anschauungen gefolgt war, vielfach einen wesentlichen und heilsamen Fortschritt. Selbst die streng-conservative Fraction konnte sich dem Drange der Zeit nicht entziehen. Bei der Schlußabstimmung stimmten außer den paar Socialdemokraten nur noch zwei Feudale gegen das Gesetz. Ein anderer nicht unwesentlicher Fortschritt war das am 1. Mai angenommene Gesetz betreffend Gewährung der Rechtshilfe, welches alle Gerichte innerhalb des Bundes zu gegenseitiger Rechtshilfe verpflichtet und zwar ohne Prüfung der Competenz und ohne Rücksicht darauf, ob das ersuchende oder ersuchte Gericht demselben oder einem anderen Bundesstaate angehöre. Dagegen kam es bezüglich des von der Thronrede angekündigten

Nordb.
Bund.



Nordb. Gesetzentwurf über den sogenannten Unterstüßungswohnsitz während
 Bund. dieser Session noch zu keiner Vorlage. Preußen hatte, auch darin
 seit jeher freieren Grundsätzen huldigend, dem Bundesrath einen
 ziemlich liberalen Vorschlag zugehen lassen. Aber schon im Aus-
 schusse hatte es ihn nur nach heftigem Kampfe und nur mit 4 gegen
 3 Stimmen durchzusetzen vermocht und im Plenum wurde er mit
 Mehrheit abgelehnt und eine Umarbeitung in mehr particularistischem
 Sinne beschlossen, was jener Mehrheit später freilich doch nichts
 half, da das particularistische Elaborat am Reichstage scheitern sollte.
 Neben diesen legislativen Arbeiten beschäftigte sich der Reichstag mit
 einer Reihe rein politischer Fragen. Zunächst erklärte er sich schon
 am 16. März neuerdings mit 140 gegen 51 Stimmen für die
 unbedingte Nebefreiheit der Mitglieder der Landtage der verschiedenen
 Bundesstaaten. Graf Bismarck anerkannte seinerseits die Competenz
 des Reichstags zu einem solchen Beschlusse, erklärte sich aber aus
 Opportunitätsgründen z. B. noch dagegen und der Bundesrath lehnte
 seine Zustimmung zu demselben ab. Von practischer Bedeutung ist
 die Frage im Grunde nicht mehr, seit der Grundsatz für die Mit-
 glieder des Reichstags verfassungsmäßig festgestellt ist; auch wurde
 mit dem Antrage kaum mehr als die Genugthuung bezweckt, den
 bisherigen Widerstand des preussischen Herrenhauses gegen dieselbe
 Forderung des preussischen Abgeordnetenhauses schließlich gerade von
 dieser Seite her zu brechen. Viel wichtiger war der Antrag von
 Dwesten und Graf Münster auf Errichtung verantwortlicher Bundes-
 ministerien für das Auswärtige, den Krieg, die Marine, die Finan-
 zen und den Handel und Verkehr, der von 98 Mitgliedern aller
 Fractionen, die Feudalen allein ausgenommen, unterstützt war und am
 16. April zur Verhandlung kam. Der Antrag bezweckte namentlich,
 die zur Zeit allerdings mehr nominelle als reelle Verantwortlichkeit
 der Bundesregierung resp. des Bundeskanzlers zu einer wirklichen
 zu machen und eben dadurch die Bundesregierung vom Bundes-
 rath und seinen Ausschüssen, welche letztere die Stelle der Mini-
 sterien vertreten, nach und nach loszulösen. Graf Bismarck sprach
 sich seinerseits entschieden gegen den Antrag aus. Offenbar hält
 er die Verwirklichung der letzteren Absicht zur Zeit noch nicht für
 zeitgemäß, obwohl er unmöglich verkennen kann, daß es zu dieser
 Ausbildung des Bundesstaats im Gegensatz zu den im Bundes-

rathe repräsentirten Ueberresten des alten Staatenbundes früher oder ^{Nordb.} später unausweichlich kommen muß, wenn auch nicht geläugnet werden kann, daß unter seinem Druck der Bundesrath wenigstens die ärgsten Uebelstände des alten Bundestags größtentheils abgestreift hat und sich wohl hütet, für die weitere Entwicklung des Bundes auf der gegebenen Grundlage sich irgend wie als Hemmschuh zu erweisen. Noch viel entschiedener aber und völlig unumwunden erklärte der Bundeskanzler, daß er persönlich ganz und gar nicht geneigt sei, die Verantwortlichkeit mit einer Anzahl von Bundesministern zu theilen und etwa ein collegiales System wie in Preußen sich gefallen zu lassen. Es zeigte sich indeß alsbald, daß die Antragsteller dieß auch ganz und gar nicht bezweckt hatten. Beide Theile zeigten sich schließlich in der Anschauung einig, daß das in England anerkannte System das beste sei, wo zwar die einzelnen Minister für ihr spezielles Ressort dem Parlament verantwortlich, aber zugleich dem Haupte des Cabinets in der Weise untergeordnet sind, daß dieser jederzeit einen Kollegen zum Rücktritt nöthigen kann, der sich für die Einheit und Homogenität des Cabinets als Hemmniß erweist. Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit 111 gegen 100 Stimmen genehmigt, doch blieb es bei der Anregung, da der Bundesrath selbstverständlich nicht darauf einging und eine Nöthigung dazu für ihn noch nicht vorlag. Von nicht minderer Bedeutung war der Antrag von Miquel und Lasker, die Competenz der Bundesgesetzgebung auf das bürgerliche Recht und das gerichtliche Verfahren, einschließlich der Gerichtsorganisation, auszudehnen. Verfassungsmäßig steht dieser Ausdehnung nichts entgegen, sobald der Reichstag und der Bundesrath es übereinstimmend beschließen. Der Antrag wurde auch vom Reichstag in erster und zweiter Lesung, trotz des heftigsten Widerstrebens aller particularistischen Elemente, mit großer Mehrheit zum Beschluß erhoben, fand aber vorerst gleichfalls nicht die Zustimmung des Bundesrathes. Offenbar ist die preußische Regierung oder wenigstens der preußische Justizminister dem Antrage schon jetzt durchaus nicht abgeneigt. Eine bei Gelegenheit des Budgets versuchte indirecte Beschränkung des Gesandtschaftswesens der kleineren Bundesstaaten mißlang dagegen und fand nicht die nothwendige Unterstützung der Mehrheit des Reichstags. Graf Bismarck hält es augenscheinlich für ganz ungefährlich, der Eitelkeit der



Nordb. Bundesfürsten vorerst noch möglichst freien Spielraum zu lassen.
 Bund. Schließlich verdient wenigstens erwähnt zu werden, daß der Reichstag den erneuerten Antrag Waldeck's auf Gewährung von Diäten in erster Lesung annahm, in zweiter aber selber wieder verwarf.

Das Schwergewicht der ganzen Session des Reichstags fiel indeß unzweifelhaft auf die finanzielle Frage. Wie schon erwähnt, haben nicht nur die meisten der dem Bunde angehörigen Kleinstaaten seit der Errichtung desselben mit einem steigenden Deficit zu kämpfen, sondern es ergab sich ein solches auch in den Finanzen Preussens. Eine Verminderung der Matricularbeiträge erschien daher allseitig als wünschenswerth und nicht nur dieß, sondern auch wo immer möglich zugleich eine Vermehrung der Einnahmen des Bundes, da schon die Staatsrechnung für 1868 einen Ausfall von nicht weniger als $3\frac{1}{2}$ Mill. Thaler ergab. Allein über die Mittel und Wege dazu gingen die Ansichten sehr auseinander. Die Regierung hatte ihr Augenmerk auf die indirecten Steuern gerichtet, da sie sich bezüglich dieser von der Volksvertretung viel unabhängiger fühlt und schlug zu diesem Ende die Erhöhung mehrerer schon bestehender, sowie die Einführung einer ganzen Reihe neuer vor. Um die Vorlagen zu unterstützen und einen Druck auf den Reichstag und zumal auf die preussischen Mitglieder desselben auszuüben, ließ der preussische Finanzminister v. d. Heydt im geeigneten Moment ein einläßliches Memoire vertheilen, in dem die Lage der preussischen Finanzen mit den schwärzesten Farben geschildert wurden — jedoch ganz umsonst. In dieser Beziehung stieß die Regierung auf den allgemeinsten und entschiedensten Widerstand. Nur die Aufhebung der Portofreiheit und die Einführung eines Wechselstempelsteuergesetzes wurden zugestanden, dagegen alle anderen Verlangen mit großen Mehrheiten abgelehnt, so daß die Regierung sich genöthigt sah, ihre Vorlagen sammt und sonders zurückzuziehen. Ein Theil der Versammlung hoffte mit ihrer Weigerung die Regierung möglicher Weise doch zu einer Beschränkung des Militäraufwandes zu zwingen, ein anderer wollte wenigstens keine weiteren indirecten Steuern bewilligen, theils weil er sie überhaupt für irrationell erachtet, theils auch weil directe Steuern geeignet scheinen, der Volksvertretung einen größeren Einfluß auf die Höhe derselben sowohl als auf deren Verwendung in Aussicht zu stellen.



Die Regierung verzichtete aber darum keineswegs auf ihren ^{Deutsch-}Plan. Wozu der Reichstag die Hand nicht hatte bieten wollen, war ^{land.} vielleicht im Zollparlamente zu erreichen. Ohne daß darum die Session des Reichstags geschlossen worden wäre, trat dasselbe am 3. Juni zusammen. Die Regierung war indeß mit ihren Steuerprojecten hier nicht glücklicher als im norddeutschen Reichstage. Sie legte dem Parlamente außer einem neuen Vereinszollgesetze den Antrag auf eine Erhöhung der Zuckersteuer und einen revidirten Zolltarif vor, in welchem jedoch die zugestandenen Erleichterungen durch den neuerdings vorgeschlagenen Petroleumzoll mehr als aufgewogen worden wären. Das Parlament genehmigte das neue Zollgesetz, das die Controle wesentlich vereinfacht und dadurch einen nicht zu verachtenden Fortschritt bezeichnet, und gestand auch die Erhöhung der Zuckersteuer zu, lehnte dagegen den Petroleumzoll wie im Vorjahre in erster und auch in zweiter Abstimmung ab, obgleich dadurch die in der That überaus wünschenswerthe Revision des Zolltarifs wiederum zu Falle kam. Das Resultat der Session des Zollparlaments blieb daher ein überaus bescheidenes. Allein nachdem im Jahre vorher die sogen. süddeutsche Fraction jede Aussicht, die Institution zu einem Hebel für gemeindeutsche Politik zu machen, vereitelt hatte, wollte sich die Majorität auch nicht dazu hergeben, sie bloß als Steuermaschine gebrauchen zu lassen, so geneigt sie auch gewesen wäre, die Zollerleichterungen, nach denen sie verlangte, durch eine Erhöhung der Erträgnisse auf irgend welcher anderen Seite aufzuwägen, aber eben nur aufzuwägen und nicht mehr als aufzuwägen. Im Uebrigen verlief die Session ohne politische Bedeutung. Doch darf bemerkt werden, daß die süddeutsche Fraction, die sich im Vorjahre so sehr hervorgebrängt hatte, dießmal eine viel bescheidenere Rolle spielte und daß die national Gesinnten unter den süddeutschen Zollabgeordneten ihr als „freie süddeutsche Vereinigung“ (zur Mainbrücke, wie sie sich scherzhaft nannte) gegenüber trat, und ihr dadurch wenigstens den Schein entzog, als ob ganz Süddeutschland einem blinden und verbissenen Preußenhaffe anheimgefallen sei.

Faßt man das Resultat der sich in der ersten Hälfte des Jahres unmittelbar an einander reihenden Sessionen des preußischen Abgeordnetenhauses, des nordd. Reichstags und des Zollparlaments zusammen, so läßt sich dasselbe wohl dahin zusammenfassen, daß

Deutsch-
land. weber [die preußische Regierung, noch die liberalen Parteien im Stande waren, ihre Absichten ungehemmt oder doch überwiegend zur Geltung zu bringen, daß vielmehr beide genöthigt waren, sich mit Compromissen und mit nur theilweisen Erfolgen zu begnügen. Für die Ungebildigen, wie für die Idealisten ist dieses Resultat wenig befriedigend. Dagegen hat dieser Weg wohl unläugbar den Vortheil, daß, was auf demselben mühsam und nur stückweise errungen wird, wenigstens wirklich erworben ist und nicht so leicht wieder in Frage gestellt werden kann. Als fernere Thatsache scheint constatirt werden zu dürfen, daß der Reichstag des norddeutschen Bundes sich mehr und mehr als die lebensvollste und zukunftreichste der drei Institutionen herausstellte, während der preußische Landtag, zumal aber das preußische Herrenhaus, in ihrer Bedeutung gegenüber dem Reichstage entschieden zurücktreten mußten, das Zollparlament aber sich lediglich als ein Moment des Uebergangs in der Entwicklung der Nation darstellt, das aber als solches in seiner Bedeutung für die Zukunft nicht unterschätzt werden darf. Dieser Sachlage entsprechend war denn auch während dieser ganzen Zeit und bis zum Schlusse des Jahres die ganze Thätigkeit des leitenden preußischen Staatsmanns ausschließlich auf die innere Consolidirung und Ausbildung des norddeutschen Bundes gerichtet. Eine Ausdehnung desselben auf Süddeutschland, obgleich sie ohne Zweifel keinen Augenblick außer Augen gelassen blieb, wurde practisch auch nicht einmal angestrebt. Graf Bismarck begnügte sich mit den beiden Klammern, durch die er Süddeutschland vorläufig an die neue nationale Schöpfung geknüpft hatte, die Schutz- und Trutzbündnisse und den neuen parlamentarischen Zollverein, obgleich der letztere sich für einmal noch in politischer Beziehung als Null herausstellte und die ersteren ihren Werth erst noch zu erproben hatten, und von Vielen bezweifelt werden wollte, daß sie diese Probe bestehen würden. Inzwischen that er, treu seiner Erklärung vom September 1867, keinen Schritt, um den Zutritt der süddeutschen Staaten irgendwie zu beschleunigen und auf dieselben auch nur im Geringsten einen Druck auszuüben, überzeugt, daß ihre Wiedervereinigung mit dem Norden zu einem gemein-deutschen Bunde doch nur eine Frage der Zeit sei. Zunächst schien diese Zeit freilich noch keine gar nahe zu sein. In Württemberg verharrte die demokratische Partei in ihrem wüthenden Preußen-

haffe und mit ihr ging die Regierungspartei wenigstens in entschiedener particularistischer Abneigung gegen einen Eintritt in den norddeutschen Bund einig; beide zusammen bildeten aber eine Mehrheit, gegen welche die nationale oder sog. deutsche Partei nicht aufzukommen vermochte, obwohl sie bei jeder Gelegenheit männlich gegen die Strömung ankämpfte. Schlimmer als bisher gestalteten sich dagegen die Dinge im Laufe des Jahres in Bayern, wo zwar die nationale Partei auch nur eine Minderheit bildete, aber die ultramontane Partei, obgleich sie an Preußenhaß den schwäbischen Demokraten nicht nachstand, in der Abgeordnetenkammer vorerst nur eine kleine Fraction darstellte, während die Entscheidung in den Händen der sog. Mittelpartei lag, die wenigstens von blindem Voreingenommensein gegen die Resultate des Jahres 1866 frei war, wenn sie auch die bayerische Selbständigkeit unverfehrt zu erhalten wünschte und einem Eintritt in den norddeutschen Bund gleich der württembergischen Regierung und Regierungspartei unumwunden abgeneigt war. Das sollte sich nun aber ziemlich jäh ändern. Nachdem die bayerische Abgeordnetenkammer die sog. sociale Gesetzgebung im Einverständnis mit der Regierung glücklich zu Ende gebracht hatte, scheiterte sie noch unmittelbar vor ihrer Auflösung in Folge Ablaufs der Legislaturperiode an der Vereinbarung eines neuen Schulgesetzes. Schon lange dazu von der Kammer aufgefordert und nachgerade gebrängt und durch die Ereignisse des Jahres 1866 darüber belehrt, daß Bildung heut zu Tage auch Macht ist, hatte die bayerische Regierung endlich im Jahre 1869 dem Landtage ein umfassendes neues Schulgesetz vorgelegt. Es handelte sich darum, die Stellung der Volksschullehrer zu verbessern, die Schule selber zu heben und dieselbe zugleich von kirchlichen Einflüssen, den Forderungen der Zeit entsprechend, unabhängiger zu machen. Der Entwurf der Regierung entsprach allen diesen verschiedenen Bedürfnissen, namentlich auch dem zuletzt genannten, ohne darum dem berechtigten Einflusse und einer würdigen Stellung der Kirche zur Schule im mindesten zu nahe zu treten. Die Abgeordnetenkammer unterwarf den Entwurf einer sehr einläßlichen Berathung, modificirte denselben in den Hauptzügen nicht wesentlich, aber doch, so weit es nur immer erreichbar schien, in liberalem Sinne und nahm ihn schließlich am 23. Februar mit 114 gegen bloß 26 Stimmen als Ganzes an. Nicht so dagegen die

Bayern. erste Kammer oder der sogen. Reichsrath. Hier gaben sich vielmehr protestantische und katholische Würdenträger, protestantische und katholische Tories die Hand, um der Kirche neuerdings den überwiegenden Einfluß auf die Schule zu wahren: nicht bloß die liberalen Modificationen der Abgeordnetenkammer, sondern auch die ursprünglichen Vorschläge der Regierung wurden abgelehnt und das so verstümmelte Gesetz am 23. April an die andere Kammer zurückgewiesen. Um wenigstens mit der Regierung unter diesen Umständen völlig einig zu gehen, verzichtete diese auf diejenigen Punkte, die sie gegen jene durchgesetzt hatte, beharrte aber auf den Hauptgrundzügen des Entwurfs. Der Reichsrath hielt jedoch kurzweg an seinen Beschlüssen fest und das Gesetz fiel. Zwei Tage darauf fand der Schluß der Session statt. Die Neuwahlen zur zweiten Kammer, die nun bevorstanden, waren es namentlich gewesen, welche den Tories der ersten in der Schulgesetzfrage den Muth zu ihrem Auftreten gegen die Regierung und gegen die Abgeordnetenkammer gegeben hatten. Die Anschauungen der Majorität der letzteren schienen den Anschauungen der Majorität der Bevölkerung nicht mehr zu entsprechen und einen entschiedenen Umschwung in nahe Aussicht zu stellen. Schon bei Gelegenheit der Zollparlamentswahlen im vorhergehenden Jahre hatten ein Theil des Adels und der Bureaukratie dem katholischen Clerus die Hand gegeben, um das Landvolk gegen Preußen aufzuheben und die Vorlage des Schulgesetzes von Seite der Regierung hatte zu neuen Agitationen nunmehr auch gegen diese Anlaß gegeben. Es war eine sogen. patriotische Partei gegründet worden, die so ziemlich den gesammten katholischen Theil der Bevölkerung mit Ausnahme der Städte in ihre Kreise zog, und als der Wahltag für die Wahlen zur zweiten Kammer herankam (22. Mai), ergab es sich, daß die sog. Patrioten auf der einen und die vereinigten liberalen Parteien auf der anderen sich in das Resultat dermaßen theilten, daß es ungewiß blieb, ob die einen oder die anderen in der künftigen Kammer um eine Stimme im Uebergewicht sein werde. Von einem engeren Anschluß an Preußen und an die seit 1866 unter Preußens Führung eingetretene nationale Entwicklung konnte unter diesen Umständen für Bayern keine Rede mehr sein. Selbst die bisherige Stellung des liberalen Chefs der Regierung, des Fürsten Hohenlohe, der zwar auch seinerseits von einem Eintritte Bayerns

in den norddeutschen Bund nichts hatte wissen wollen, der aber doch Bayern. in anderer Weise einen irgendwie anders gestalteten, mit der „Selbstständigkeit“ Bayerns verträglichen näheren Anschluß an Norddeutschland erstrebt hatte, schien erschüttert. Augenblicklich wenigstens waren alle nationalen Hoffnungen auf den Süden gedämpft und mußten, wo nicht für gebrochen, doch unläugbar als muthmaßlich auf längere Zeit zurückgestellt erachtet werden. Wenn die sog. patriotische Partei wirklich die Mehrheit der zweiten Kammer hatte und zu behaupten vermochte, so mußte man sich darauf gefaßt machen, daß sie in erster Linie die Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen zu einem todten Buchstaben zu machen sich bemühen, in zweiter aber mit der Zeit selbst das Band des Zollvereins zu lösen versuchen würde. Von Bayern und Württemberg also konnte der norddeutsche Bundeskanzler eine Unterstützung seiner nationalen Bestrebungen auf unbestimmte Zeit hinaus muthmaßlich in keiner Weise erwarten. Anders stand es allerdings in Baden und Hessen. Hessen war dadurch, daß ein Theil desselben dem norddeutschen Bunde hatte beitreten müssen, gefesselt und mußte fortwährend, halb gern halb ungerne, auch für das, worüber ihm noch freie Verfügung geblieben war, den Bahnen des norddeutschen Bundes folgen. Was Hessen allem Anschein nach oft nur gezwungen that, that dagegen Baden aus völlig freien Stücken und nationalem Patriotismus. Die Regierung und die beiden Kammern betrachteten das Land gleichsam als einen Theil des norddeutschen Bundes und nahmen alle Pflichten, die daraus ersfließen mochten, freiwillig auf ihre Schultern, obgleich sie nicht ebenso auch der Rechte eines Bundesgliedes theilhaftig werden konnten. Baden wäre freilich jeden Augenblick bereit gewesen, dem norddeutschen Bunde beizutreten und sprach dieß auch bei jeder sich darbietenden Gelegenheit aus. Aber Preußen glaubte es vorerst nicht zugeben zu dürfen und zwar, neben einiger Rücksicht auf Bayern und Württemberg, die dadurch in eine sehr schiefe Lage gekommen wären, vornehmlich mit Rücksicht auf Frankreich. Es ist kaum zweifelhaft, daß Frankreich, das die kriegerischen Erfolge Preußens im Jahre 1866 und das allmälige Aufsteigen einer festen geschlossenen deutschen Macht noch immer nicht zu verwinden vermochte, einen Eintritt Badens in den norddeutschen Bund als einen erwünschten Vorwand benutzt haben würde, um unter der Zustimmung der Nation und



vielleicht unter der Beihilfe dieser oder jener europäischen Großmacht Preußen den Krieg zu erklären und den Versuch zu machen, dasselbe niederzuwerfen und Deutschland wieder der alten Zerrissenheit und der alten Schwäche anheimzugeben, was es selber und seine Nachbeter in Deutschland die deutsche „Freiheit“ zu nennen beliebten.

Preußen.

Nicht daß Preußen die Ueberlegenheit der französischen Waffen gefürchtet hätte; allem Anschein nach hielten die Leiter der preussischen Dinge dasselbe vielmehr, und zwar selbst ohne den Zutritt der süddeutschen Staaten, auf die sie allerdings trotz der Schutz- und Trutzbündnisse nicht oder doch nicht sicher rechnen konnten, für Frankreich militärisch völlig gewachsen. Aber sie hielten sich offenbar für verpflichtet, so weit es nur immer mit ihrer Ehre verträglich wäre, alles zu vermeiden, was auch nur entfernt als eine Herausforderung Frankreichs hätte erscheinen oder doch geedeutet werden können, überzeugt, daß die Vollendung der deutschen Einheit unter Preußens mächtiger und doch besonnener Führung sich mit der Zeit doch und gleichsam ganz von selbst machen werde und machen müsse, vielleicht auch in der Hoffnung, daß in Frankreich selbst durch irgend ein unerwartetes Ereigniß ein Umschwung eintreten könnte, der die Franzosen geneigter machen könnte, mit Deutschland in Frieden zu leben und mit demselben auf andere, edlere Weise als durch die blutigen Würfel des Krieges um die Palme des Friedens und die friedliche Entwicklung der menschheitlichen Interessen des neunzehnten Jahrhunderts zu ringen.

Frankreich.

Trotzdem hatte der Friede seit dem Jahre 1866 mehr als einmal nur an einem Haare geangen und mehr als einmal hatte es geschienen, als ob der Krieg kaum mehr würde vermieden werden können. Aber jedesmal noch waren glücklicher Weise Ereignisse oder Verhältnisse dazwischen getreten, die Frankreich veranlaßten, seine Gelüste wenigstens vorerst wieder bei Seite zu legen. Bald waren es äußere, bald innere Umstände, welche Frankreich dazu bewogen. Für das Jahr 1869 fällt das Schwergewicht unzweifelhaft auf die letzteren. Im Sommer des Jahres mußte der gesetzgebende Körper verfassungsmäßig einer Neuwahl unterworfen werden und dieser Moment rief in Frankreich eine Bewegung hervor, die es der kaiserlichen Regierung nicht rathsam erscheinen ließ, einen immerhin gefährlichen Krieg zu wagen, bevor nicht diese Phase in einer für sie



und die Zukunft der Dynastie befriedigenden Weise durchgemacht sein ^{Frank-}würde. Schon als die Kammern am 18. Januar zum letzten Mal ^{reich.} zusammentraten, begrüßte sie der Kaiser mit einer Thronrede, die nicht anders denn als die kaiserliche Wahlrede bezeichnet werden kann. Der Kaiser begann damit, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, auf einem durch so viele Revolutionen aufgewühlten Boden die Freiheit mit der Ordnung zu versöhnen und gestand weiterhin ganz offen, daß seine wie jede Regierung dem Irrthum unterworfen sei, glitt aber darüber mit der Bemerkung hinweg, daß „das Glück nicht allen Unternehmungen lächle“, um vor seinen Zuhörern und vor ganz Frankreich ein glänzendes Bild von der Lage des Landes unter dem zweiten Kaiserreich nach Innen wie nach Außen aufzurollen. Frankreich sei, meinte er, trotz Mexico und trotz Sabowa, unter seiner Führung wieder und immer noch die mächtigste Nation Europa's. „Unsere vervollkommnete Bewaffnung, unsere gefüllten Arsenale und Magazine, unsere geübten Reserven neben der stark constituirten activen Land- und Seemacht, unsere mobile Nationalgarde, im Begriff organisirt zu werden, die umgestaltete Flotte, unsere festen Plätze in gutem Zustande geben unserer Macht eine Entfaltung, wie sie uns unerläßlich ist“. Aber die Land- und Seemacht sind auf dem Friedensfuße und der Effectivbestand derselben übersteigt nicht denjenigen anderer Regierungen. Der Kaiser will den Frieden. „Das stete Ziel meiner Anstrengungen ist erreicht, die militärischen Hülfsmittel Frankreichs sind in Zukunft auf der Höhe seiner Bestimmungen in der Welt. In dieser Lage vermögen wir laut unserem Wunsch, den Frieden aufrecht zu erhalten, kund zu geben; es liegt keine Schwäche darin, dieß zu sagen, wenn man zur Vertheidigung der Ehre und der Unabhängigkeit des Landes bereit ist“. Der Kaiser ist für den Frieden, denn Angesichts der Wahlen will er das Land mit Segnungen aller Art überschütten und denkt sogar an eine „Verminderung der öffentlichen Lasten“. Alles ist gut und alles athmet Befriedigung. „Man erkennt den Baum an seinen Früchten, sagt das Evangelium. Wohlan, wenn man einen Rückblick auf die Vergangenheit wirft, wo ist die Regierung, die Frankreich siebenzehn Jahre der Ruhe und stets wachsender Wohlfahrt gegeben hat?“ Gestützt auf die Volksmassen „ausdauernd in ihrem Glauben wie in ihrer Anhänglichkeit“, glaubt daher der Kaiser, den

Frankreich. Wahlen ruhig entgegensehen zu können. „Mit Ihrer Zustimmung und mit Ihrer Beihülfe bin ich fest entschlossen, auf dem Wege zu verharren, den ich mir vorgezeichnet habe, d. h. jeden wahrhaften Fortschritt anzunehmen, aber zugleich auch die Grundlagen der Verfassung, welche das Votum der Nation vor jedem Angriff sicher gestellt hat, zu erhalten.“ Mit Zuversicht schloß er: „Bald wird die Nation in ihren Comitien die Politik gut heißen, welche wir befolgt haben. Sie wird abermals durch ihre Wahlen kund geben, daß sie keine Revolution, sondern daß sie die Geschicke Frankreichs auf eine innige Verbindung der Macht und der Freiheit stützen will“. Diese Zuversicht des kaiserlichen Redners entsprach indeß keineswegs der wirklichen Sachlage, der Stimmung der Gemüther durch ganz Frankreich hin. Wenn man um zwanzig Jahre zurückging, so konnte man nicht läugnen, daß Frankreich jetzt einen ganz anderen Macht-einfluß in Europa besaß als damals unter der constitutionellen Regierung des Bürgerkönigs: es war dem Kaiser gelungen, der Nation und so ziemlich auch ganz Europa den Glauben beizubringen, daß Frankreich militärisch ganz unbezwinglich und jeder einzelnen der übrigen Großmächte unzweifelhaft überlegen sei, nach welcher Anschauung es seine Ansprüche bemasß, die ihm denn auch von allen Seiten fast unweigerlich zugestanden wurden. Aber schon Mexico hatte einen tiefen, schwarzen Schatten auf dieses glänzende Bild geworfen und mit Sadowa war dicht neben ihm, im Herzen Europa's, eine Macht emporgestiegen, die, so friedlich sie auch gesinnt war, jene Ansprüche in ihrem Herzen nicht zugestand, die sich schon jetzt Frankreich auch militärisch gewachsen zu fühlen schien und festen Schrittes darauf ausging, aus Deutschland eine noch größere Macht zu schaffen, die Frankreich entschieden überlegen wäre und sich das beanspruchte und bisher auch behauptete Uebergewicht in Europa ebenso entschieden nicht länger gefallen lassen würde. Was der Kaiser im Jahre 1866 versäumt oder verfehlt hatte, war bereits nicht wieder gut zu machen, ohne einen gewaltigen Krieg, vor dessen immerhin ungewissem Ausgange er zurückschreckte, da er sich nicht verhehlen konnte, daß er dabei unausweichlich sich selbst und das Schicksal seiner Dynastie würde einsetzen müssen, zu dem die friedliebende, große Mehrheit der französischen Nation ganz und gar keine Lust verrieth, so lange Preußen und Deutschland keine Miene machten, Frankreich



weder in seinem Territorialbestande, noch in seiner Freiheit, sich in ^{Frank-} seinem Innern zu gestalten, wie es nur immer wollte, auch nur ^{reich.} irgendwie zu beeinträchtigen. Allein nur der wieder gewonnene Machteinfluß des napoleonischen Frankreichs und das sog. Prestige, das es zeither genossen, hatte dem eiteln französischen Volke den Mangel an allen politischen Freiheiten im Innern, die Verschleuderung seiner Finanzen und das Anschwellen so vieler Günstlinge, deren Verdienste mehr als zweifelhaft waren, erträglich erscheinen lassen. Einzelne, aber doch nur wenige, erkannten wohl weiter blickend die innere moralische Fäulniß, die, wo männliche und politische Tugend keinen Raum mehr fand sich zu bethätigen, in dem allgemeinen Jagen nach Geld und Luxus, nach Ehren und Würden immer tiefer und weiter um sich fraß. Die große Mehrheit der gebildeten Klassen aber wurde durch das schwindende Prestige veranlaßt, ihre Blicke nach Innen zu wenden und was ihnen bisher erträglich geschienen hatte, ward es allgemach nicht mehr, der Mangel an jedem wirklichen Recht, sich an der Leitung der Geschicke des Landes zu betheiligen, nachdem der kaiserliche Absolutismus sie alle der Nation entzogen und für sich allein in Beschlag genommen hatte. Die Franzosen fingen an, sich unter diesem sog. persönlichen Regimente des Kaisers unbehaglich zu fühlen und nach einer Wiederherstellung wenigstens einiger der verlorenen Rechte zu verlangen. Wie tief diese Stimmung ging, wie weite Kreise der öffentlichen Meinung sie schon erfaßt und durchdrungen hatte, mußte sich bei den Wahlen zeigen. Daß aber das kaiserliche Regiment bei diesen jedenfalls mit ihr zu rechnen haben würde, ging aus der einigermaßen überraschenden Haltung hervor, welche der gesetzgebende Körper in seiner letzten Session sofort anzunehmen begann.

Die Majorität desselben, die zwar angeblich aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen war, ihre Wahl aber nur den sog. officiellen Candidaturen d. h. dem tausendfältigen Drucke der Regierung verdankte, und daher in der That mehr die Regierung als die Bevölkerung vertrat, hatte sich bisher willenlos erst durch Morny, dann durch Billault, in den letzten Jahren durch Rouher leiten lassen. Weniger noch als erstere verdient Rouher in keiner Weise den Namen eines Staatsmanns, aber er ist ein eminenten Rhetor und als solcher für jene Aufgabe ganz besonders geeignet,

Frankreich. ein schlagfertiger Redner, wegen einer Ausflucht nie verlegen und von einer Stirne, die vor nichts zurückschrickt. Noch war es ihm bisher immer gelungen, jede Frage mit großer Gewandtheit in ein Licht zu bringen, wie es der Regierung convenirte, und der Majorität die Wege zu ebnen, um bei der Abstimmung den Wünschen und Erwartungen der Regierung zu genügen. Dießmal versagte sie ihm gleich von vorneherein fast und fast den Dienst. Bei Gelegenheit einer Interpellation, die Rouher beseitigt wissen wollte, trug er zwar noch wie bisher den Sieg davon, aber nur mit wenigen Stimmen, da ein großer Theil der Majorität wenigstens den Schein der Unparteilichkeit wahren, dem Drängen der öffentlichen Meinung wenigstens zum Schein Genugthuung geben wollte. Und gleich darauf beging selbst im Senat und gar noch ein Genosse des 2. Dezember, Hr. v. Maupas, die Kezerei, daß er gegenüber den wachsenden Angriffen der Presse und der Vereinsredner auf den Kaiser so etwas wie die Verantwortlichkeit der Minister in Anregung brachte. Rouher erklärte sich unter kriechender Schmeichelei für die „Größe“ des Kaisers gegen jede wie immer geartete Maßregel dieser Art und die servile Körperschaft beeilte sich, die Anregung sofort zu ersticken. Noch fataler für die Regierung waren die Debatten über die Finanzverhältnisse der Stadt Paris, welche den gesetzgebenden Körper während des ganzen Monats Februar in Anspruch nahmen. Zunächst handelte es sich um einen Betrag von 465 Millionen Fr., welche der Seinepräfect Hausmann, ohne dazu befugt zu sein, verausgabte und dann wieder durch ein ungesetzliches Anlehen beim Crédit foncier gedeckt hatte. Die ganze Operation strokte von Willkürlichkeiten und Gesetzwidrigkeiten. Aber das war noch nicht die Hauptsache. Schonungslos deckte die Opposition die ganze schwindelhafte Finanzwirthschaft bei dem so viel gepriesenen Umbau von Paris auf und zeigte mit Zahlen, daß es so absolut nicht fortgehen könne und daß die Stadt Paris ohne ihre Schulden, da man sie ja ihrer gewählten Vertretung beraubt und unter die Vormundschaft der kaiserlichen Regierung gesetzt hatte, schließlich unausweichlich am Bankerott ankommen müsse, sobald sie sich auf ihre wirklichen, eigenen Einnahmen werde beschränkt sehen. Es war ein wahrer Abgrund von Willkür, in welchen der Versammlung Stück für Stück mit zermalmender Schwere der Einblick erschlossen wurde. Rouher mußte nach einander seine eigenen

Collegen und den Seinepräfecten preisgeben, den Kaiser, so gut es ging, decken, um für die Anträge der Regierung eine Majorität zu erzielen, und selbst diese konnte schließlich nur durch den äußersten Druck zu Stande gebracht werden. Sehr bezeichnend nicht bloß für die Regierung, sondern ebensosehr für die verschiedenen Parteien waren im weiteren die Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers über das Contingent und über das Budget für 1870, da sie sich zu einer allgemeinen Debatte über die inneren und auswärtigen Angelegenheiten des Landes gestalteten. Thiers hielt wiederum eine einläßliche Rede, in der er im Gegensatze gegen die Regierung, die in den kleinen Concessionen bezüglich der Pressfreiheit und des Versammlungsrechtes für die verlangte Freiheit genug und mehr als genug zugestanden zu haben wähnte oder glauben machen wollte, klar darlegte, daß die Franzosen in Wahrheit noch aller und jeder politischen Freiheiten entbehrten und schließlich sein *caeterum censeo* wiederholt vertheidigte, was Frankreich bedürfe, sei die Regierung des Landes durch das Land, die Einführung eines verantwortlichen Ministeriums, also die Abschaffung des persönlichen Regiments des Kaisers. Seine Rede machte um so tieferen Eindruck, als er dabei weder auf die Republik, noch auf die Restauration der Orleans hinsteuerte, vielmehr ziemlich verständlich andeutete, daß er sich auch mit der napoleonischen Dynastie auszuföhnen bereit sei, wenn sie dem Land jene ihm unerläßlichen Freiheiten zurückerstatte. Die auswärtigen Angelegenheiten kamen zuerst bei Gelegenheit des Contingentgesetzes zur Sprache. Marshall Niel, der Kriegsminister, das Haupt der Kriegspartei, prahlte neuerdings: „Krieg oder Frieden sind mir ganz gleichgültig, in 8 oder 9 Tagen können wir 600,000 Mann marschfertig haben“. Die Versammlung glaubte ihm vermuthlich aufs Wort und es that ihrer Eigenliebe und ihrem Stolze wohl; aber sie vermochte nicht zu widersprechen, als eines der Oppositionsmitglieder entgegnete: „Niemand denkt aber ja daran, uns anzugreifen; wozu bedürfen wir daher einer so furchtbaren Macht, die nur dazu dient, unsere Nachbarn zu beunruhigen“, und die Andeutungen Niels: „Von einer Verminderung der Militärausgaben kann keine Rede sein heute, wo wir besiegte Mächte und annectirte Völker vor uns haben“ machten nur einen sehr geringen Eindruck. Die Versammlung, wie die öffentliche Meinung hinter ihr war

Frankreich. offenbar von anderen Ideen voreingenommen, als von der eines Krieges und selbst die Regierung hielt es Angesichts der Wahlen für passend, ungemein friedlich aufzutreten. Lavalette schien ganz geneigt, Preußen und Deutschland gewähren zu lassen, da Preußen keine Miene mache, Süddeutschland Gewalt anzuthun und dieses auch ganz und gar nicht geneigt scheine, den Wünschen Preußens entgegenzukommen. Selbst Thiers erklärte sich im Gegensatz gegen seine Haltung im Frühjahr 1866 aufs nachdrücklichste für Aufrechterhaltung des Friedens, wobei er sich freilich vornehmlich auf die föderalistischen Tendenzen der süddeutschen Regierungen und Bevölkerungen stützte, deren nachhaltige Kraft er weit überschätzte. „Wenn ich, meinte er, einen Rath zu geben hätte, so würde es der des Friedens sein, ich würde Frankreich rathen, nur dann das Schwert zu ziehen, wenn unerträgliche Unternehmungen es dazu zwingen und wenn es hiezu auf die Zustimmung und Beihülfe der Welt rechnen könnte. Wem kommt es aber zu, diesen unermesslichen Entschluß zu fassen? Frankreich allein. Frankreich darf jedenfalls der Möglichkeit nicht ausgesetzt sein, daß es eines Morgens beim Erwachen den Befehl für seine Kinder vorfindet, nach der Grenze zu marschiren. Nur die Nation selbst darf über die Frage des Krieges oder des Friedens entscheiden.“ Thiers warnte und mahnte ferner sehr bestimmt zur Vorsicht. In der particularistischen Zähigkeit der süddeutschen Staaten und in den föderalistischen Neigungen eines nicht zu verkennenden Theils der Bevölkerungen selbst des norddeutschen Bundes erkannte er die hauptsächlichste Schwierigkeit für Preußen auf dem von ihm seit 1866 betretenen Wege und somit den besten Bundesgenossen Frankreichs; aber ebenso klar erkannte er auch, daß jener Bundesgenosse für Frankreich nur so lange einer sei, als keine „französische den Nationalstolz verletzende Einmischung Deutschland Preußen völlig in die Arme treibe“. Das Budget selbst wurde ohne große Schwierigkeiten genehmigt und die Session am 26. April geschlossen. Schon am folgenden Tage erging das Decret, das die Nation auf den 23. Mai zur Neuwahl des gesetzgebenden Körpers berief. Die Agitationen dafür waren schon vorher sehr lebhaft gewesen und steigerten sich jetzt, zumal in Paris und mit der am 2. Mai beginnenden freien Wahlversammlungszeit. Die Haltung der Regierung bezüglich der Wahlen blieb dieselbe wie bisher. Wo ein der Dynastie nicht

völlig ergebenen Candidat auftrat, wurde ein officieller aufgestellt und dieser mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln, selbst die scandalösesten nicht ausgenommen, unterstützt. Aber die Regierung erreichte ihren Zweck diesmal doch nur halb. Dank dem von ihr ausgeübten Drucke wurde ihr Candidat zwar vielfach und sogar meistens gewählt, jedoch nicht, ohne daß er den Wählern vorher sehr entschiedene, der Regierung ganz und gar nicht genehme liberale Zusagen oder Versprechungen gemacht hatte. Nur in soweit konnte die Regierung beruhigt sein, daß ihr Candidat wenigstens nicht antidynastisch oder gar republikanisch gesinnt, sondern der kaiserlichen Dynastie ergeben war. Im Ganzen also bestand die große Majorität des am 23. Mai ausgewählten gesetzgebenden Körpers aus entschiedenen Anhängern des Kaiserreichs. Wenn man indeß die abgegebenen Stimmen zusammen zählte, so ergaben sich doch nur 4,467,720 Stimmen für die Regierung und dagegen 3,258,777 für die Opposition. Die Regierung hatte demnach gegen die Wahlen von 1863 nicht weniger als 1 Million Stimmen verloren, die Opposition deren 1,400,000 gewonnen. Dazu kam, daß der Imperialismus in den drei größten Städten, Paris, Lyon und Marseille, eine totale Niederlage erlitten hatte und auch in der Mehrzahl der übrigen größeren Städte unterlegen war. Die gebildeten Classen schienen sich somit überwiegend vom Imperialismus abgewendet zu haben und dieser schien sich nur mehr auf das ziemlich willenlose Landvolk zu stützen. In Paris namentlich war die Regierung mit ihrem Candidaten Olivier, den der Kaiser aufs lebhafteste hatte unterstützen lassen, jämmerlich durchgefallen. Das Gesamtergebnis war in der That geeignet, den Kaiser sehr nachdenklich zu machen, zumal man nicht wissen konnte, welche Haltung die Versammlung, einen nicht unerheblichen Theil selbst derjenigen Abgeordneten inbegriffen, die ihre Wahl der Regierung verdankten, annehmen würde, wenn sie erst bei einander und dem Drucke der sich in der Hauptstadt concentrirenden öffentlichen Meinung des Landes ausgesetzt wäre. Jedermann fühlte, daß das Kaiserreich sich in einer Crisis befinde und bevor sie durchgemacht war, konnte der Kaiser nicht wohl daran denken, sich in einen Krieg mit Preußen einzulassen, zumal ohne einen geeigneten und hinreichend mächtigen Bundesgenossen.

Frankreich.



Öster-
reich.

Wenigstens von Oesterreich, auf das er hiefür seit 1867 seine Augen geworfen, hatte er zunächst wenig oder nichts zu erwarten. Befand sich Frankreich um die Mitte des Jahres 1869 bereits in einer ziemlich ernstern inneren Krisis, so trieb sichlich auch Oesterreich einer solchen zu und zwar einer überaus gefährlichen.

Das Jahr 1868 wird für Oesterreich ein sehr denkwürdiges bleiben, indem es in diesem Jahre mit der vielleicht schlimmsten seiner Traditionen, dem Verhältnisse zu Rom, entschieden brach und ohne Rücksicht auf die Protestationen der Curie das Concordat wenigstens durchbrach. Und wie man auch sonst über die Wirksamkeit des Grafen Beust in und für Oesterreich denken mag, um jenen entscheidenden Schritt hat er sicher nicht wegzuläugnende wesentliche Verdienste. Hatte er doch in seiner früheren deutschen Stellung außerhalb Oesterreichs hinreichende Gelegenheit gehabt, sich davon zu überzeugen, daß kaum etwas mehr als diese Seite der österreichischen Staatskunst, die allen Bedürfnissen und Forderungen des modernen Staatslebens geradezu ins Gesicht schlug, ihr in ihrer deutschen Politik als ein fürchtbares Schwergewicht an den Füßen hing und Oesterreich von der ganzen geistigen Entwicklung Deutschlands ausschloß, noch bevor es durch das Jahr 1866 auch aus der politischen Verbindung mit Deutschland hinausgedrängt wurde. Der entscheidende Schritt in dieser Richtung war im Jahre 1868 allerdings erfolgt. Weitere Konsequenzen wurden indeß nicht oder doch nur in untergeordneten Fragen gezogen, wie z. B. als der Bischof Rudigier von Linz am 5. Juni dem weltlichen Verichte trotz alles Widerstrebens und aller Proteste mit Gewalt vorgeführt, oder als bei Gelegenheit des Falls der Barbara Uhrh^t wenigstens der Grundsatz ausgesprochen wurde, daß der weltliche Arm den geistlichen Oberen, seien es nun Bischöfe oder Klostervorstände, nicht länger zu Züchtigung ihrer Untergebenen, Priestern, Mönchen oder Nonnen, zur Gebote stehen dürfe und daß diese einer gegen sie ausgesprochenen geistlichen Strafe nur freiwillig sich unterzögen. Tiefer greifende Maßregeln wurden nicht gefaßt, von der Regierung offenbar sorgsam vermieden. Es war, wie wenn das sog. Bürgerministerium Giskra-Herbst seine Kraft in jenen großen Schritten erschöpft hätte und wie wenn der Reichsrath damit im Grunde einverstanden wäre. Die formelle Aufhebung des Concordats, soweit es noch immer zu Recht



bestand, und die Einführung der obligatorischen Civilehe, wurden ^{Öster-} zwar in dem dafür niedergesetzten confessionellen Ausschusse ventilirt, ^{reich.} gelangten aber nicht zur Berathung und Beschlußfassung des Reichsraths. Dieser war inzwischen schon in den ersten Tagen des Januars wieder zusammengetreten. Von seinen Beschlüssen verdient jedoch kaum mehr hervorgehoben zu werden, als die endliche Zustimmung des Herrenhauses zu dem schon lange vorher vom Abgeordnetenhause berathenen und beschlossenen Gesetze bez. Einführung der Schwurgerichte für politische und Preßprozesse und die Vervollständigung des im Vorjahre beschlossenen Wehrgesetzes durch ein Gesetz bez. der Organisation der Landwehr auch für die sog. cisleithanische Reichshälfte. Bei dieser Gelegenheit versuchten die föderalistischen Fractionen des Reichsraths, die Polen Galiziens namentlich, wenigstens hier ein föderalistisches Moment zur Geltung zu bringen, unterlagen aber am 16. März, doch nur mit 59 gegen 81 Stimmen, mit ihrem Antrage. Dagegen unterlagen die Polen vorerst nicht mit der im Herbst 1868 vom Landtage Galiziens beschlossenen Resolution, welche für dieses Kronland eine Autonomie verlangte, wie sie mit der bestehenden Verfassung absolut unverträglich war und nur in der exceptionellen Stellung Croatiens zu Ungarn ein Analogon gehabt hätte. Kaum war der Reichsrath wieder beisammen, so beantragten die Polen, er möge die Regierung auffordern, die galizische Resolution ihm zu verfassungsmäßiger Behandlung vorzulegen. Die Frage war für Oesterreich geradezu von entscheidender Bedeutung. Die Polen standen ja mit ihrer Forderung einer Sonderstellung nicht allein. Die Tyroler begehrten für ihre Glaubenseinheit dasselbe, die Slovenen träumten nachgerade ernstlich von einem Königreich Slovenien und vollends die Tschechen beharrten auf der Wiederherstellung der czechischen Krone mit Mähren und Schlesien und der Forderung einer Unabhängigkeit für dieselbe, wie sie seit dem Ausgleich von 1867 die ungarische genoß. Und dabei handelte es sich für alle diese Nationalitäten nicht etwa um Sicherung ihrer nationalen Sprachen und Eigenthümlichkeiten, die nicht nur nicht gefährdet waren, sondern denen gerade die neue Verfassung den weitesten Spielraum geöffnet und die bündigsten Garantien ertheilt hatte. Die Polen verlangten vielmehr die Herrschaft über die in ihrem Lande wohnenden, ihnen an Zahl mindestens gleichstehenden Ruthenen, die Tschechen die Herrschaft über



Die Deutschböhmen, die Slovenen endlich konnten ihr Ziel nicht erreichen, ohne daß mehr als Ein Kronland hätte zerrissen werden müssen. Oesterreich wäre jedenfalls gänzlich umgestaltet worden und es fragte sich sehr, ob es nach all den ewigen Versuchen seit zwanzig Jahren eine solche Umgestaltung noch ertrage, ohne darüber zu Grunde zu gehen. Die Deutschen Oesterreichs hatten dabei jedenfalls gar nichts zu gewinnen und nur zu verlieren. Da nun sie z. B. noch die Majorität im Reichsrathe besaßen und auch das Ministerium so zu sagen ausschließlich aus ihren Reihen hervorgegangen war, so hätte man erwarten dürfen, daß Regierung und Reichsrath sich die Hände geben würden, um das Begehren der Polen gleich von vornherein rund und zwar ein für alle Mal abzulehnen. Beide hatten die Kraft und Entschlossenheit dazu nicht. Um den Czechen und ihren noch viel weiter gehenden Ansprüchen widerstehen zu können, und um nicht auch noch den Polen Anlaß zum Austritt aus dem Reichsrath zu geben, war die deutsche Majorität geneigt, den letzteren ausnahmsweise und nur ihnen Concessionen zu machen. Unter einigen Vorbehalten erklärte sich die Regierung bereit, die galizische Resolution zunächst wenigstens einem Ausschusse des Abgeordnetenhauses behufs weiterer Anträge an dieses vorzulegen und darauf ging die Mehrheit des Hauses ein. So wurde denn die Resolution einem Ausschusse überantwortet und von diesem einläßlich behandelt. Zu einer Verständigung kam es freilich nicht; die Ansichten gingen von Anfang an und fortwährend weit auseinander und am Ende kam der Schluß des Reichsraths, so daß eine Behandlung schließlich von der Tagesordnung abgesetzt und auf eine folgende Session verschoben werden mußte. Genug aber, die Verfassung war in Frage gestellt und diese Thatsache allein genügte, um den Czechen, Slovenen u. u. neue Hoffnungen zu geben, weiter an der Verfassung zu rütteln, bis es ihnen endlich gelingen würde, sie zu Falle zu bringen und Oesterreich nach ihren Wünschen neu zu construiren. Die Deutschen, denen der Ausgleich mit Ungarn dieselbe Stellung diesseits der Leitha zugebacht hatte, wie den Magyaren jenseits, hatten offenbar das Heft bereits nicht mehr in den Händen, wenn sie es überhaupt jemals wirklich in denselben gehabt hatten. Ebenso schwach zeigten sich die Regierung und die Majorität des Reichsraths in einer andern gewissermaßen

verwandten Frage. Auch der Landtag von Niederösterreich hatte im ^{Öster-}Vorjahre seine Resolution gefaßt, dahin gehend, der Reichsrath möchte ^{reich-} in Zukunft nicht mehr von den Landtagen beschickt werden und so in Wahrheit nur eine Versammlung von Landtagsausschüssen bilden, sondern aus directen Wahlen der Bevölkerungen hervorgehen. Man sieht, die Idee war im Grunde eine der Idee der Polen geradezu entgegengesetzte: wenn diese darauf hinzielte, den Reichsrath zu schwächen, so beabsichtigte jene, ihn vielmehr zu stärken und von den Landtagen völlig unabhängig zu machen. Der Antrag war seither ziemlich unbeachtet geblieben. Von dem Erfolge der Polen ermuthigt dachten aber nunmehr die niederösterreichischen Abgeordneten, ihn ihrerseits gleichfalls einzubringen, unterließen es jedoch wieder, als die Regierung ihnen erklärte, daß sie ihn selber aufzunehmen beabsichtige. Aber die Regierung hatte auch dazu den Muth schließlich nicht und ließ den Gedanken wenigstens vorerst fallen, zumal da er in ihrem eigenen Schooße sofort auf Widerspruch gestoßen zu sein scheint. Am 15. Mai wurde die Session des Reichsraths durch eine Thronrede des Kaisers geschlossen und kurze Zeit darauf traten die beiden Delegationen, dießmal in Wien, zusammen. Sowohl die auswärtige Politik des Reichs an der Hand des ihnen vom Grafen Beust vorgelegten Nothbuchs als das Budget auf Grund der Anträge des Reichsministeriums wurden von ihnen einer sehr einläßlichen Berathung unterzogen, namentlich auch das Militärbudget. Schließlich wurde aber auch dieses ohne allzu wesentliche Abstriche mit der Regierung vereinbart. Zum Schluß erfolgte indeß noch ein Vorgang, der auf die österreichischen Zustände ein überaus bezeichnendes Licht wirft. Beide Delegationen hatten sich unter einander über alle Punkte des Budgets verständigt, indem bald die eine, bald die andere nachgab; nur über zwei, nicht gerade sehr wesentliche Punkte war dieß nicht möglich gewesen. Es mußte also verfassungsmäßig darüber in einer gemeinsamen Sitzung abgestimmt werden. Und dabei siegten denn die Ungarn, indem ihre Vertreter alle ohne eine einzige Ausnahme wie ein Mann stimmten, von den Oesterreichern dagegen ein Theil, die Beschlüsse der eigenen Delegation Preis gebend, zu den Ungarn überging und damit diesen den Sieg verschaffte. In der That, es fehlt nur, daß der Kaiser einen Ungarn zum Staatskanzler ernenne, was ja jeden Augenblick möglich ist, um

den Rath des Grafen Bismarck zu einer Wahrheit zu machen und das Schwergewicht des Reichs unzweifelhaft und definitiv von Wien nach Ofen zu verlegen, mit anderen Worten, vom deutschen Elemente des vielgliederigen Reichs auf das magyarische zu übertragen. Und wenn man bedenkt, welches Gewicht in der Hofburg zu Wien auf die Machtstellung des Reichs, das alte Ansehen und den alten Einfluß des Kaisers auf die europäischen Dinge, selbst auf Kosten der inneren Entwicklung und der inneren Wohlfahrt und Befriedigung des Volkes, gelegt wird, und daß der ungarischen Aristokratie unläugbar ein Verständniß für die auswärtige Politik und eine Gewandtheit in der Behandlung, in der Einleitung und Durchführung politischer Machtfragen eigen ist, wie sie ein vorwiegend bürgerliches deutsches Ministerium weder besitzt noch beansprucht, so läßt sich kaum verkennen, daß die Gefahr für Westösterreich näher liegt, als man in Wien zu befürchten scheint. Die Verhandlungen mit den ausschließlich den aristokratischen Kreisen angehörigen ungarischen Staatsmännern ist zudem leichter und angenehmer und der Gegensatz zu Preußen-Deutschland, in dem man sich seit 1866 nicht nur in der Hofburg und nicht nur im Reichsministerium, nicht nur in den immer noch mächtigen feudalen und clericalen Kreisen, sondern zum eigenen Nachtheil Oesterreichs und zumal des deutschen Elements desselben sogar von Seite der einflußreichsten Organe der Wiener Presse fortwährend gefällt, ist ganz geeignet, selbst den kühnsten Wünschen und Plänen der Magyaren in die Hände zu arbeiten, die Stellung, die sie durch den Ausgleich bereits gewonnen haben, zu befestigen und zu vorsichtigem aber entschiedenem Vorgehen auf der betretenen Bahn geradezu zu ermuntern.

Dieß war im Wesentlichen die Lage der drei Hauptmächte des Continents, auf denen die Erhaltung oder die Störung des Friedens beruhte, bis zur Mitte des Jahres. Preußen und sein leitender Staatsmann gingen den einen zu schnell, den anderen zu langsam vorwärts, aber sie gingen unläugbar vorwärts und wenn Preußen seinerseits „keinen Fehler machte“, wovor es sich sichtlich hütete, so konnte es in der That ganz ruhig die Vollendung des nationalen deutschen Werkes abwarten, wenn es auch allerdings ungewiß blieb, ob sie in näherer oder vielleicht in noch ziemlich entfernter Zeit erfolge, da es zugleich und zwar wesentlich auch von nicht zu berechnenden



Zwischenfällen der inneren und selbstverständlich noch mehr der auswärtigen Politik abhing. Um indeß für alle Fälle bereit zu sein, verfolgte die preußische Regierung mit unermüdblichem Eifer die immer weitere Ausbildung der norddeutschen Streitkräfte, ohne davon viel Lärm zu machen, aber auch ohne sich darin durch irgend welche Opposition oder durch irgend welche Bedenken, so begründet sie auch in anderer Beziehung sein möchten, beirren zu lassen. Wenn auch Preußen sich seinerseits wie gesagt wohl hütete, irgend einen Fehler zu machen, so hing die Erhaltung des Friedens und der weiteren friedlichen Entwicklung nicht allein von ihm ab, sondern eben so sehr von derjenigen anderer Mächte, namentlich Frankreichs und davon, ob auch dieses „keinen Fehler mehr machen würde“. Zunächst schien das in der That nicht der Fall zu sein. Das französische Gouvernement schien nachgerade davon durchdrungen zu sein, daß es in Preußen einer Macht gegenüberstehe, die ihm militärisch wie diplomatisch vielleicht völlig gewachsen sein könnte und das französische Volk schien zunächst wenigstens ganz überwiegend mit Fragen seiner innern Zustände beschäftigt und nicht geneigt zu sein, sich von der Lösung dieser Fragen durch auswärtige Verwickelungen abziehen zu lassen. Und Oesterreich befand sich in einer ganz ähnlichen Lage. Ohne sich thörichten Illusionen hinzugeben, konnte Frankreich unmöglich hoffen, dasselbe in einen Krieg gegen Preußen hineinzuziehen, der nach ganz allgemeiner Anschauung nicht bloß die Macht, sondern geradezu die Existenz Oesterreichs in Frage stellen mußte.

Auch andere internationale Fragen, die während der ersten Hälfte des Jahres und später austauchten, wurden ohne allzu große Schwierigkeiten erledigt. Zunächst war das bezüglich der orientalischen Frage der Fall, die durch die türkisch-griechische Differenz zu Ende des Jahres 1868 angeregt worden war. Die Großmächte traten am 9. Januar zu einer Conferenz in Paris zusammen und einigten sich ziemlich schnell (17. Januar) — auch Rußland bot dazu trotz der geheimen Unterstützung, die es bisher den griechischen Gelüsten und den griechischen Umtrieben gegen die Pforte hatte zu Theil werden lassen, die Hand — zu einer Declaration, der sich Griechenland gern oder ungern fügen mußte, da es weder die militärischen Streitkräfte noch die finanziellen Mittel besaß, allein den offenen Kampf mit der ihm wenigstens weit überlegenen Macht der

Griechen-
Land. Türkei zu wagen, deren Armee unter dem alten Omer Pascha an der Grenze in Thessalien bereit stand und nur freie Hand von Seite Europas erwartete, um durch einen kurzen Marsch auf Athen, dem kaum nennenswerthe Hindernisse im Wege stehen konnten, sich selber Recht und Genugthuung zu verschaffen und die Griechen zum Bewußtsein des Maaßes ihrer wirklichen Kräfte zu bringen. Der Rücktritt des revolutionären und verlogenen Ministeriums Bulgaris ersparte Griechenland dieses demüthigende Resultat. Mit Zaimis kamen am 6. Februar endlich einmal, wie es scheint, ehrliche Männer und denen es um das Wohl des Landes, nicht bloß um die Interessen ihrer Faction zu thun ist, in die Regierung; aber sie vermögen sich offenbar nur mit Mühe am Ruder zu erhalten. Für die Pforte war die vollständige Wiederunterwerfung Candias und diese schließliche Demüthigung Griechenlands, die sich fast unmittelbar an den Sturz des revolutionären Ministeriums Bratiano in Rumänien angeschlossen, immerhin ein bedeutsamer Erfolg, der ihr Muth machte, nunmehr auch gegen den Vicekönig von Aegypten, den mächtigsten ihrer Vasallen, der unter dem Scheine vollkommenster Loyalität gleichfalls nach immer größerer Selbständigkeit strebte, energisch vorzugehen. Den Anlaß dazu bot ihr der Khedive selbst. Im Herbst sollte das große Werk des Suezcanals vollendet werden und dieses für Europa so eminent bedeutungsvolle Ereigniß benutzte der Vicekönig zu einer Rundreise an die Höfe der Großmächte, um deren Herrscher direct und ohne Vermittlung seines Suzerains zu den von ihm beabsichtigten großen Feierlichkeiten einzuladen und zugleich verschiedene Unterhandlungen zu betreiben, die geeignet wären, Aegypten mehr und mehr unabhängig vom Sultan unter die directe Obhut der europäischen Großmächte zu stellen. Die Pforte protestirte gegen die eigenmächtigen Schritte des Vicekönigs und stellte nun überdies eine ganze Reihe von Forderungen an den Vicekönig bezüglich des jährlichen Budgets des Landes, sowie allfälliger weiterer Anlehen, für welche sie die Genehmigung des Sultans verlangte, und bezüglich der ägyptischen Armee und Flotte, die sie sehr bedeutend reducirt wissen wollte. Der Sultan kündigte sogar seine Absicht an, zur Eröffnung des Suezcanals selber nach Aegypten zu gehen und dieselbe unter seinen, als des eigentlichen Landesherrn Auspizien vornehmen zu lassen, wodurch der Khedive in den Augen seiner

Untertanen allerdings stark in den Hintergrund gestellt worden wäre. Türkei.
 Diese letztere Demüthigung ersparte ihm die europäische Diplomatie; der Sultan verzichtete schließlich auf seinen Plan und begnügte sich damit, daß die Kaiserin der Franzosen, der Kaiser von Oesterreich und der Kronprinz von Preußen ihm zuerst ihren Besuch in Konstantinopel abstatteten, bevor sie nach Cairo zur Eröffnung des Suezcanals gingen. Dagegen bezüglich der übrigen Forderungen der Pforte gelang es dem Vicekönig nicht, auszuweichen und jene mit den gewohnten Mitteln zu beschwichtigen. Dieselbe beharrte dießmal fest und es blieb dem Khedive nichts übrig, als wenigstens zum Scheine vollständig nachzugeben. In den thatsächlichen Zuständen des Landes wie in seinem wirklichen Verhältnisse zur Pforte dürfte indeß trotzdem für diese nicht allzuviel erreicht sein, nur daß der Vicekönig wenigstens zunächst zu größerer Vorsicht in seinen Bestrebungen genöthigt sein wird. — Noch weniger gefährlich erschien Dänemark.
 es, daß die preussisch-dänische Streitfrage wegen Nordschleswigs und der Bestimmung des Prager Friedens auch während des Jahres 1869 zu keinem Abschluß gelangte und auch fernerhin in der Schwebe blieb. Von Kopenhagen aus geheßt und unterstützt setzten die dänisch gesinnten Nordschleswiger ihre Umtriebe fort und der König von Dänemark ergriff wiederholt die Gelegenheit, die endliche Wiedervereinigung des Landes mit Dänemark seinem Volke in nahe Aussicht zu stellen. Preußen beharrte darauf, daß von einer Abtretung Düppels und der Insel Alsen schon aus strategischen Gründen gar keine Rede sein könne und daß die Abtretung eines größeren oder kleineren Theils auch des Restes von Nordschleswig von gewissen Zugeständnissen bezüglich der zerstreuten deutschen Elemente desselben und von der Haltung Dänemarks überhaupt abhängen. So lange Dänemark, Regierung und Volk, offenbar und so zu sagen eingestandener Maßen nur darauf warten, daß Frankreich über Preußen herfalle und diesen Moment in jeder Weise herbeizuführen bemüht ist, um dann auch seinerseits den Krieg zu Lande wieder aufzunehmen und den Franzosen und ihrer überlegenen Flotte einen überaus erwünschten Stützpunkt zu Operationen gegen die deutschen Küsten der Ost- und Nordsee zu bieten, scheint Preußen wenig Lust zu haben, den Wünschen der Dänen entgegen zu kommen und den ihm durch Frankreich aufgezwungenen Bestimmungen des Prager

Däne-
mark. Friedens gerecht zu werden. Eine Erledigung der Streitfrage wäre allerdings im Interesse des europäischen Friedens wünschbar und dürfte auch in einer für beide Theile billigen und befriedigenden Weise nicht allzuschwierig sein, sobald Dänemark sich den realen Verhältnissen der europäischen Machtstellungen anbequemt und auf eine Politik verzichtet, zu der ihm die innere und äußere Kraft fehlt und durch deren weitere Verfolgung es leicht ganz Jütland, das von Kopenhagen aus überhaupt ziemlich stiefmütterlich behandelt wird, gefährden könnte. — Viel bedeutsamer ohne Zweifel als die preussisch-dänische war die belgisch-französische Differenz, die zu Anfang des Jahres 1869 plötzlich auftauchte und einen Augenblick den Frieden Europas ernstlich zu gefährden drohte.

Belgien. Schon unmittelbar nach den Ereignissen des Jahres 1866 und der Gründung des norddeutschen Bundes, die Europa sofort die Bildung eines neuen gemein-deutschen Bundes von viel festerem Gefüge, als der alte gewesen war, und von der starken Hand Preußens geleitet in Aussicht stellte, hatte von einem Plane Frankreichs verlautet, Holland, Belgien und die Schweiz durch eine Zoll-einigung nach Art des deutschen Zollvereins mit sich in eine nähere Verbindung zu bringen, um auf diese Art das „Gleichgewicht“ gegenüber Preußen, d. h. das Uebergewicht Frankreichs über Deutsch-land zu erhalten. Der Gedanke hatte zunächst wenig Anklang gefunden und ward wieder vergessen, aber nur um alsbald neuerdings aufzutauhen. Es schien jedenfalls außer Zweifel, daß Frankreich mit derartigen Plänen umging, die möglicher Weise noch viel weiter gingen als auf eine bloße Zolleinigung, zumal bezüglich Belgiens. Hatte doch Frankreich eifrig das Gerücht ausgestreut, Graf Bismarck habe ihm schon in Biarritz vor und später nach 1866 wieder die Preisgebung Belgiens angeboten, wenn es ihm dagegen Süddeutsch-land zu freier Verfügung überlasse. Ob und was an der Sache sei, ließ sich nicht ergründen, da Bismarck es für gut fand, über seine Unterhandlungen mit Frankreich in Biarritz und nachher voll-ständiges Stillschweigen zu beobachten. Die Gegner Preußens und Bismarcks in und außer Deutschland schenkten den Ausstreuungen williges Gehör; anderen kamen sie dagegen als sehr unwahr-scheinlich vor und als wenig vereinbar mit dem Charakter und den hohen Zielen, die sich der deutsche Staatsmann gesteckt zu haben

schien. Jedenfalls machte sich in Preußen keine Partei, ja nicht einmal eine vereinzelt Zeitungsstimme geltend, die geneigt gewesen wäre, den Eintritt Süddeutschlands in den norddeutschen Bund um den Preis der Selbständigkeit Belgiens zu erkaufen. Anders dagegen in Frankreich, wo nicht nur eine förmliche Kriegspartei gegen Preußen mit dem Kriegsminister Marschall Niel an der Spitze bestand und aus ihren Bestrebungen gar kein Fehl machte, sondern wo auch ein Theil der officiösen Regierungspresse von Zeit zu Zeit offenbar mit Vorbedacht Händel mit Belgien suchte und ohne Umschweif nach einer gewissen Abhängigkeit Belgiens von Frankreich, unter Umständen geradezu nach einer Einverleibung desselben in Frankreich verlangte, natürlich dieselben Blätter, die nicht aufhörten, bei jeder Gelegenheit Krokodilsthränen über die preussischen Einverleibungen zu vergießen. Ende Januar 1869 lüftete sich endlich ein kleiner Zipfel jenes Schleiers. Die französische Ostbahn schloß nämlich mit mehreren halb bankerotten belgischen Privateisenbahngesellschaften Kaufverträge ab, die ihr einen unterbrochenen Schienenstrang durch ganz Belgien und selbst in Holland hinein bis nach Rotterdam zu eigen gesichert hätten. Die politische Bedeutung des Vorgangs für Luxemburg und Belgien konnte keinen Augenblick zweifelhaft sein und war sofort aller Welt klar. Die belgische Regierung, der die dießfälligen Unterhandlungen nicht unbekannt waren, hatte beiden contrahirenden Theilen alsbald erklärt, daß sie einem derartigen Vertrage niemals ihre Genehmigung erteilen würde und als er dennoch zum Abschluß kam, brachte sie ohne Verzug bei den eben versammelten Kammern einen Gesetzesentwurf ein, der seine Ausführung unmöglich machte. Beide beeilten sich, ihn zu genehmigen. Aber nun brach auch der Zorn der imperialistischen Pariserpresse über den vereitelten Schachzug in helle Flammen aus und gab der französischen Regierung Gelegenheit, die Sache in ihre eigenen Hände zu nehmen. Belgien konnte nicht umhin, sich auf Unterhandlungen einzulassen, aber seine Regierung, zumal der ebenso gewandte als zähe Ministerpräsident Frère-Orban, beharrte darauf, daß sie wohl möglicher Weise allerlei Erleichterungen im Eisenbahnbetrieb und für den Verkehr zwischen beiden Ländern im Interesse beider zugestehen könne, niemals aber, daß ein fremder Staat oder eine fremde Gesellschaft einen Theil des belgischen Bahnsystems als Eigenthum erwerbe und

Belgien. unabhängig von ihr besitze und benütze. Frère-Orban ging selber nach Paris und seiner patriotischen Festigkeit — unterstützt von England, dessen Cabinet den englischen Traditionen bezüglich Belgiens nicht untreu wurde, sowie von dem unabhängigen Theile der französischen Presse, der sich der belgischen Unabhängigkeit annahm und den Gelüsten der kaiserlichen Regierung und der kaiserlichen Presse mit Rücksicht auf die inneren Zustände Frankreichs keinen Beistand leisten wollte, während sich Preußen absichtlich ganz bei Seite hielt — gelang es schließlich, Frankreich zu zwingen, von den Ostbahnverträgen gänzlich Umgang zu nehmen und sich mit einem bloßen Betriebsvertrage zu begnügen, der Belgien in keiner Weise zu nahe trat. Holland ging seinerseits selbst darauf nicht ein. Frankreich aber hatte durch die ziemlich ungeschickt geführte Angelegenheit nichts erreicht, als daß das Mißtrauen Deutschlands in seine geheimen Pläne verstärkt war und daß sein Prestige durch das Scheitern dieses Versuches neuerdings einigen Schaden litt. Weniger befriedigend als diese Wahrung der Selbständigkeit Belgiens nach Außen waren seine inneren Zustände. Der am 23. Januar erfolgte Tod des Kronprinzen war ein Schlag nicht bloß für die Dynastie, sondern auch für das Land, da jene zunächst nur mehr auf vier Augen stand. Was aber Belgiens innere Entwicklung hauptsächlich hemmt und zurückhält, ist die Macht und der Einfluß der katholischen Kirche und der kath. Partei. In der Verfassung ist zwar die Trennung zwischen Staat und Kirche ausgesprochen; thatsächlich jedoch beherrscht die Kirche große Gebiete, die heut zu Tage ganz überwiegend nicht ihr, sondern dem Staate angehören sollten, wie namentlich das öffentliche Unterrichtswesen. Obgleich die liberale Partei schon seit Jahren eine freilich nicht allzu große Majorität in beiden Kammern besitzt und das Ministerium ebenso lange ihr angehört, so hatte sie doch nicht den Muth, hierin entschieden vorzugehen, die Rechte und Pflichten des Staats in ihrem vollen Umfange in Anspruch zu nehmen und die Kirche auf ihr eigenes Gebiet einzuschränken. Es ist möglich, daß die liberale Partei dabei im ersten Anlauf unterlegen und zunächst wieder in die Opposition zurückgebrängt worden wäre; aber selbst dieß wäre einer Fortsetzung des bisherigen Schaukel-systems beider Parteien noch vorzuziehen gewesen. Der Kampf der Parteien kräftigt in der Regel das politische Bewußtsein

und fördert die Entwicklung; aber in Belgien ist das nicht der Fall, weil Wind und Sonne nicht zwischen den beiden Parteien gleich getheilt sind, weshalb die liberale Partei, selbst wenn sie am Muder ist, nicht mehr vermag und sich damit begnügen muß, wenigstens ein gewisses Gleichgewicht, und selbst dieses mühsam genug, aufrecht zu erhalten und ihre Existenz zu behaupten. Wäre die katholische Partei, z. B. durch Einführung des allgemeinen Stimmrechts, im Stande, das entschiedene Uebergewicht zu erringen und zu behaupten, so würde das Land vermuthlich schnell auf die unterste Stufe politischer Entwicklung herab und in Zustände versinken, wie wir sie sonst nur im Kirchenstaat zu beobachten Gelegenheit haben, trotz seiner freisinnigen Verfassung. Ohne geistige Freiheit entbehrt die politische Freiheit ihrer natürlichen und darum unentbehrlichen Grundlage. In eigenthümlicher Weise complizirt sich damit die Frage der nationalen Elemente, des romanisch-wallonischen und des germanisch-flämischen. Auch für sie ist in der Verfassung die Gleichberechtigung principiell ausgesprochen, aber auch in dieser Beziehung ist die belgische Verfassung niemals zur Wahrheit geworden. Das flämische Element ist an Volkszahl das stärkere, aber trotzdem ist das wallonische im Staat nicht nur das überwiegende, sondern geradezu das herrschende. Das ganze Staatswesen Belgiens erscheint als ein rein französisches oder richtiger französisirtes. Das flämische Element fühlt sich mit Recht beeinträchtigt, zurückgesetzt, fast nur wie geduldet. Die Frage wird in den Kammern fast jedes Jahr bei dieser oder jener Gelegenheit berührt; im Jahre 1869 führte sie zu mehrtägigen einläßlichen Debatten, aber im Wesentlichen ganz ohne Erfolg. Leider muß zugestanden werden, daß das flämische Element, trotz aller übrigens sehr anerkennenswerthen literarischen Bemühungen Einzelner sowie mannigfaltiger Vereine und Gesellschaften, in seiner geistigen Entwicklung dem französischen entschieden nachsteht; das politische Bewußtsein namentlich steht größtentheils noch auf einer sehr niedrigen Stufe, und daher ist es denn auch vorzugsweise die flämische Bevölkerung, auf welche sich die katholische Partei und die katholische Kirche in ihren unberechtigten Ansprüchen stützen. Immerhin bilden diese beiden Momente, das Verhältniß des Staats zur katholischen Kirche und das gegenseitige Verhältniß der beiden nationalen Elemente der Bevölkerungen, die Schattenseite Belgiens und ist in ihnen



Belgien: der Grund zu suchen, warum Belgien für Europa lange nicht diejenige Bedeutung hat, die es haben könnte und haben sollte.

Schweiz. Unstreitig ist die Schweiz, obgleich kleiner als Belgien, für Europa und die Entwicklung der politischen und socialen Ideen viel wichtiger als Belgien. Von einer Unfreiheit des Staats gegenüber der Kirche ist in der Schweiz, wenige Bruchtheile ausgenommen, keine Rede und die verschiedenen Nationalitäten leben hier in vollkommenster Freiheit neben einander. Frei ist denn auch in der Schweiz die Bewegung der Ideen, die politische und sociale Arbeit und zumal das Jahr 1869 war für die Schweiz ein sehr bedeutendes und seine Bedeutung wird mit der Zeit weit über die Grenzen des kleinen Landes hinausreichen. Durch den Sturz der Regierung von Zürich im Jahre 1868 erhielt das bisher in der Schweiz überwiegend herrschende Repräsentativsystem den Todesstoß. Im Jahre 1869 folgten Bern, Solothurn, Thurgau, Aargau u. mit der Einführung des obligatorischen Referendums und der Volksinitiative in ihre Verfassungen und errang das System directer Volksherrschaft definitiv die Oberhand. Schon wurde in der Presse, in Vereinen und Versammlungen lebhaft die Frage debattirt, das Princip auch in die Bundesverfassung einzuführen. Doch schien es zweifelhaft, ob eine Bundesrevision in der Bundesversammlung und später in der allgemeinen Abstimmung des Volkes durchzuführen sein würde. Ziemlich gegen Erwartung gelang es indeß noch vor dem Schluß des Jahres eine Majorität in beiden Räten zu Stande zu bringen, welche sich grundsätzlich für eine Revision der Bundesverfassung aussprach und den Bundesrath beauftragte, in der nächsten Session darüber Anträge einzubringen. Ob sich inzwischen das Princip des Referendums auch nur in den Kantonen bewähren wird, steht allerdings dahin. Das Schweizervolk scheint aber in der That politisch entwickelt und gebildet genug zu sein auch dazu: die ersten Versuche, die noch im Laufe des Jahres 1869 gemacht wurden, fielen vollständig befriedigend aus. Von viel weiter tragender Bedeutung noch als diese politischen Reformen könnten sich indeß möglicher Weise die finanziellen Grundsätze erweisen, die mit der neuen Ordnung der Dinge zunächst in Zürich zur Geltung kamen. Schon seit längerer Zeit war dort die Salzabgabe im Grunde die einzige indirecte Steuer. Wiederholt herabgesetzt, scheint auch sie schließlich auf ein Minimum reduziert und fast nur mehr



eine nominelle zu sein. Das ganze Staatsfinanzwesen beruht nunmehr so zu sagen ausschließlich auf directen Steuern, der Gewerbs- und der Vermögenssteuer. Doch schien auch das noch nicht genug zu sein. In Folge der neuesten Umwälzung wurde die vollständige Unentgeltlichkeit des Volksunterrichts ausgesprochen und zugleich die Ausrüstung der Milizen, die bisher den Pflichtigen selber oblag, dem Staate aufgebürdet. Der dadurch entstehende Ausfall der Staatsfinanzen soll durch eine Erbschaftssteuer und durch die Einführung der Progression in die Vermögenssteuer gedeckt werden. Mit andern Worten, die Last des Staates soll ganz überwiegend auf die besitzenden Klassen gewälzt werden. Ob und wie dieses Princip wird durchgeführt werden und namentlich ob die zunächst aus der Umwälzung hervorgegangene Regierung im Stande sein werde, dasselbe mit Maß und mit der unumgänglich erforderlichen Schonung durchzuführen, wird nicht ganz ohne Grund vielfach bezweifelt und kann erst der Erfolg zeigen. Volkswirthschaftlich ist dasselbe ohne Zweifel vollkommen rationell und — das einzige Mittel, den Ausschreitungen und den verschrobenen Ideen und Bestrebungen des Socialismus entgegen zu treten und ihn zu überwinden. Diese Bestrebungen traten auch im Jahre 1869 mehrfach in prägnanter Weise zu Tage. Wenn dieselben, wie bei der Versammlung der internationalen Arbeiterassociation in Basel, dahin gehen, das Grundeigenthum völlig abzuschaffen und das Erbrecht wenigstens in Frage zu stellen, oder, wie mehrfach, die tägliche Arbeitszeit auf 11, 10 oder gar nur 8 Stunden beschränken zu wollen, die Stückarbeit anzugreifen und damit für den weniger geschickten und faulen Arbeiter denselben Lohn zu verlangen wie für den geschickteren und fleißigen, endlich Frauenspersonen wie Kinder von der Arbeit ganz ausschließen, hauptsächlich doch nur um die Concurrnz auf dem Arbeitsmarke zu vermindern, so schlagen sie damit allen gesunden Principien der Volkswirthschaft ins Gesicht und stellen sich auf einen Boden, auf dem sie zwar große Verwirrungen und heftige Zudungen, nimmermehr aber Erfolge von irgend welcher Dauer erreichen können. Was die sog. arbeitende Klasse zu verlangen berechtigt ist, war in erster Linie die Beseitigung aller bisherigen Hemmnisse, ihre Arbeitskraft nach eigenem Belieben und nach eigenem Ermessen, wohin namentlich auch das freilich gefährliche Recht Strike zu machen

Sociali-
stische Be-
strebun-
gen.



Sozialistische Bestrebungen unbedingt gehört, zu verwerthen. Dieß hat sie im Laufe des letzten Jahrzehnts so ziemlich überall erreicht und ist man überall bemüht, auch die letzten Consequenzen daraus zu ihren Gunsten zu ziehen.

Wenn sie dagegen weiter geht und sich unter eigennützigen oder verschrobenen Führern bemüht, auch die unabänderlichen, in der Natur der Dinge liegenden und von der Wissenschaft anerkannten und immer neu befestigten Gesetze der Erzeugung und Vertheilung der Arbeitsproducte über den Haufen zu werfen und durch selbst gemachte Utopien aller Art zu ersetzen, so muß und wird sie darin scheitern und den Kopf an der Gewalt der Dinge möglicher Weise blutig einrennen. Was sie über jene Errungenschaften mit Recht noch verlangen kann, ist eine allmälige Herabsetzung und endliche Abschaffung aller indirecten Steuern, die allerdings auf den wenig oder nichts besitzenden Klassen viel schwerer lasten als auf den besitzenden, und ferner weitere Entlastungen bezüglich Schulgeld, Militärlast u. dgl., wie eben in der Schweiz dießfalls Versuche gemacht werden. Alles derartige geht aber im Grunde nur dahin und kann nicht weiter gehen als Sonne und Wind bei dem Bemühen, sich durchs Leben hindurchzuarbeiten, zwischen den sog. arbeitenden und den besitzenden Klassen gerechter und billiger, als es bisher der Fall war, zu theilen und jenen die Möglichkeit, sich emporzuarbeiten, immer freier zu machen. Das ist allerdings gerecht und billig; alles was darüber hinausgeht, ist aus dem Bösen und kann und wird nicht erreicht werden. Fleiß und Sparsamkeit waren jederzeit die einzigen Mittel, es von Nichts oder doch von Wenigem zu Etwas zu bringen und werden es wohl auch bleiben. Heutzutage aber sind Viele nur zu geneigt, dieß zu verkennen und sich von Führern verführen zu lassen, die nur ihr eigenes Interesse im Auge haben und ihrem eigenen Ehrgeize fröhnen und zudem der arbeitenden Klasse nicht, oder doch nur sehr uneigentlich

Schweiz. angehören. Um indeß wieder speziell auf die Schweiz zurückzukommen, so verdienen auch noch die Anstrengungen, die von ihr gemacht wurden, eine Alpeneisenbahn über den Gotthard zu ermöglichen, Erwähnung. Dieselben führten vorerst zu einer Verständigung der dabei zunächst beteiligten Kantone und im weiteren Verfolge zu einer internationalen Conferenz in Bern, die allem Anschein nach zu einer schließlichen Verständigung mit Italien und Deutschland zur Ausführung des großen Werkes den festen Grund gelegt hat. Die

dadurch allerdings beeinträchtigten speciellen Interessen der Ost- und der Schweiz. Westschweiz (Splügen- und Simplonproject) scheinen sich fügen zu müssen.

Mit im Vordergrunde der europäischen Interessen und der Bewegung der Geister stand auch während des Jahres 1869 die Frage über das Verhältniß zwischen Staat und Kirche. Mehr und mehr verliert die Kirche die von ihr bisher auf staatlichem Boden eingenommenen und mit großer Zähigkeit vertheidigten Stellungen. Ein Hauptschlag in dieser Beziehung erfolgte im verflossenen Jahre ^{England.} in England. Die nach glücklicher Durchführung der Wahlreform in Folge der Neuwahl des Parlaments wieder ans Ruder gelangte liberale Partei mußte die Frage der protestantischen Staatskirche in Irland in die Hand nehmen und nahm sie auch unter Leitung des Ministeriums Gladstone energisch in die Hand. Irland bildet fortwährend eine offene Wunde an dem sonst wesentlich gesunden Körper Großbritanniens, und England mußte, namentlich auch mit Rücksicht auf das dauernd gespannte Verhältniß zu Nordamerika, daran denken, diese Wunde wo immer möglich und selbst mit den größten Opfern zu schließen und zu heilen. Zu diesem Ende hin blieb nichts anderes übrig, als den Stein des Anstoßes, den die protestantische Staatskirche in Irland seit Jahrhunderten bildete, endlich aus dem Wege zu räumen und ferner die sog. Landfrage, d. h. das Verhältniß der Pächter zu ihren meist englischen großen Grundherren einer neuen gesetzlichen Ordnung zu unterziehen. Das letztere wurde vorerst aufs folgende Jahr verschoben, die erstere Angelegenheit dagegen sofort in Angriff genommen. Gladstone legte dem Unterhause einen umfassenden Plan vor, nach welchem die irische Staatskirche ihrer staatlichen Eigenschaft und zugleich auch des größeren Theils ihrer reichen Besitzthümer entkleidet werden sollte, um damit verschiedenen höchst dringenden, weltlichen Bedürfnissen Irlands zu genügen; mit dem Rest sollten die Protestanten Irlands sich als freie kirchliche Genossenschaft organisiren können. Im Unterhause war dem Plane nach beiden Seiten hin von vorneherein die Mehrheit gesichert. Das Oberhaus dagegen schien einen Augenblick geneigt, die ganze Bill zu verwerfen, besann sich aber schließlich doch eines Bessern und war nur noch bemüht, der künftigen freien irischen Hochkirche einen größeren Theil weltlicher Reichthümer zu sichern, als ihr Regierung, Unterhaus und die überwiegende Mehrheit der



England. öffentlichen Meinung zugestehen wollten. Das Unterhaus schickte zwar anfänglich die ganz verstümmelte Bill dem Oberhaus zurück und die öffentliche Meinung gerieth bereits in eine für dieses offenbar gefährliche Agitation. Noch schnell genug zog sich das Oberhaus jedoch aus der Schlinge und schloß mit der Regierung, die dazu sehr bereit war, ein Compromiß, den sich das Unterhaus gefallen ließ und ohne Debatte genehmigte. Immerhin war die Lösung der Frage ein gewaltiger Schritt, zu dem sich England entschloß. Der Erfolg entsprach trotzdem zunächst wenigstens seinen Erwartungen nur in sehr ungenügendem Maße. Die Stimmung in Irland blieb wesentlich dieselbe feindliche, gefährliche. Was Jahrhunderte verbrochen, kann eine kurze Spanne Zeit nicht alsbald wieder gut machen. Indes, wenn es dem Parlament mit der Unterstützung der öffentlichen Meinung gelingt, die freilich noch viel schwierigere Landfrage in billiger Weise zu lösen, so steht zu hoffen, daß allmählig gesündere Zustände in Irland eintreten und eine Stimmung weicht, die England nachgerade nicht ohne Grund beunruhigt.

Unendlich viel schwieriger ist die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche für die katholische Welt. Die katholische Kirche ist viel stärker organisirt und die römische Curie ist nicht gemeint, auch nur auf das kleinste ihrer noch bestehenden Rechte oder auch bloß Präensionen zu verzichten. Die Aufrechthaltung der weltlichen Herrschaft des Papstes, das Ergebnis anderer politischer Zustände und anderer politischer Anschauungen, als die heutigen überall sind, ist auf die Dauer geradezu unmöglich. Dennoch klammert er sich an dieselbe, als ob davon das Heil der Religion, der Kirche, der Welt abhinge.

Italien. Und wie halb sie Italien, dem das kleine Gebiet früher oder später zufallen muß, auch wirklich zufallen wird, steht dahin. Vorerst behauptete sich auch noch für 1869 die Curie im Besitze, freilich nur mit Hülfe Frankreichs, dessen Herrscher aus übrigens rein weltlichen Motiven es in seinem Interesse findet, den Schirmherrn des Papstes vorzustellen und eine militärische Position nicht aufzugeben, die ihn in Stand setzt, jeden Augenblick Italien entzwei zu schneiden und durch die er dieses in fortdauernder Abhängigkeit von sich erhält. Italien fühlt wohl das Unwürdige seiner Lage, aber es fühlt sich auch viel zu schwach, um dieselbe zu durchbrechen. Italien kann sich nicht stark fühlen, denn es war zum geringsten Theile es selber, das durch ernste ausdauernde politische Arbeit seine Einheit erkämpft

und allmählig ausgebildet hat. So wohlthätig sie für die Nation Italien und für Europa ist, so verdankt es sie doch fast ausschließlich dem Glücke: die Lombardei hat ihm Frankreich, Neapel Garibaldi, Venetien Deutschland erobert. Das ganze italienische Staatswesen macht den Eindruck von etwas nur halb Reifem, vielfach noch Unvollendetem. Das junge Königreich blieb schwach und wenn es nicht wieder auseinander fiel, so verdankte es dieß nicht zum geringsten Theil der Thatsache, daß schon der Gedanke an ein Zurücksinken in die früheren in der That noch viel traurigeren Zustände dem weitaus größeren Theil der Nation geradezu unerträglich schien. Inzwischen stehen der ewige Wechsel der Ministerien, die äußerst schwierige Finanzlage und der Mangel festgegliederter Parteien im Volke und im Parlamente der Consolidation als ebenso viel Hemmnisse entgegen. Zumal das letztere Moment; auch das Ministerium Menabrea-Digny mußte es erfahren, obgleich es zu Anfang des Jahres 1869 eine längere Dauer versprach, als eine ganze Reihe seiner Vorgänger. Der Finanzminister Cambrai-Digny schien sich redlich und mit Einsicht Mühe zu geben, um Ordnung in die Finanzen zu bringen und wenigstens die Aussicht auf eine Herstellung des Gleichgewichts in denselben zu erzielen. Im Frühjahr legte er zu diesem Behufe dem Parlamente eine Reihe von umfassenden Maßregeln vor. Aber es zeigte sich, daß er nicht im Stande war, dafür eine Majorität im Parlamente zu gewinnen und schon im Sommer mußte er seinen ganzen Plan als gescheitert erachten und darauf verzichten. Es blieb auch ihm nichts anderes übrig, als sich durchzuhelfen wie bisher, so gut es eben ging und die Finanzlage in dem wahrhaft kläglichen Zustand zu lassen, in dem sie sich seit Jahren durchschleppt. Nochmals schien jedoch dem Ministerium das Glück zu lächeln. Um die Mitte des Jahres trennte sich die Partei der sog. Permanenten, d. h. der Vertreter Piemonts, des gesundensten und politisch kräftigsten Theiles der Halbinsel, die sich seit der Septemberconvention und seit der Verlegung der Hauptstadt von Turin nach Florenz von der Regierung geschieden und mit der Opposition gemeinsame Sache gemacht hatte, wieder von dieser und verständigte sich mit der Regierung. Es schien, als ob sich nunmehr im Parlamente eine starke Partei bilden würde, auf die sich die Regierung mit einiger Sicherheit stützen könnte. Allein auch



Statten. dieser Schein zeigte sich als trügerisch. Die verschiedenen Parteien oder Fractionen der Kammer blieben dieselben, nur bemüht, sich selber durch irgend welche Combinationen ans Ruder zu bringen. Als das Parlament im November wieder zusammentrat, lagen diese Combinationen dem Ministerium Menabrea ungünstig: es unterlag bei der Wahl des Kammerpräsidenten und war genöthigt, seine Demission zu geben. Nur mit Mühe brachte Lanza Mitte Dezember ein neues Cabinet zu Stande, das auch seinerseits auf nichts weniger rechnen konnte, als darauf, von einer hinreichenden und fest zusammenhaltenden Majorität unterstützt zu werden.

Rom. Ein ganz anderes Schauspiel bot Rom gegen Ende des Jahres. Gefährdet in seinem weltlichen Besitze und durch die Ideen der Zeit von allen Seiten bedrängt, hatte der Papst den Plan gefaßt, mit Hülfe eines allgemeinen Concils seine Stellung nicht nur zu behaupten, sondern, wie er dachte, in ganz eminenter Weise zu befestigen. Das Concil war schon im Jahre zuvor angekündigt worden und sollte am 8. Dezember 1869 eröffnet werden. Das Jahr verging in Rom unter den Vorbereitungen dazu. Ueber das, was der Papst eigentlich beabsichtigte, wurde indeß in Rom und von Rom aus das dichteste Geheimniß bewahrt. Von anderer Seite wurde jedoch der Schleier schon zu Anfang desselben gelüftet. Von den Jesuiten beeinflusst, dachte der Papst die von der Kirche in Anspruch genommene Unfehlbarkeit durch das Concil auf sich und seine Nachfolger übertragen zu lassen und zugleich seine Gewalt über die Bischöfe in derselben ungemessenen Weise zu vermehren. Der Plan wurde von seinem Organ, der *Civiltà cattolica* in nicht mißzuverstehender Weise angedeutet, in Deutschland aber alsbald ans Licht gezogen und mit einer, der römischen weit überlegenen, umfassenden Gelehrsamkeit bekämpft. In Rom machte der Angriff nur geringen Eindruck: Pius IX. fühlte sich bereits als das unfehlbare Haupt der unfehlbaren Kirche. An der Zustimmung des Concils wurde gar nicht gezweifelt, ja man gab sich in Rom, wie es scheint, sogar der Hoffnung hin, dieselbe werde vielleicht ohne alle Discussion sofort durch allgemeine Acclamation ausgesprochen werden. Inzwischen wurden aber doch auch keine Maßregeln weltlicher Klugheit unterlassen, um sich den Erfolg zu sichern. Concile waren bisher von den Kaisern allein oder im Einverständniß mit dem Papste einbe-



rufen worden. Das dießmalige wurde vom Papste allein in souveräner Machtvollkommenheit ausgeschrieben ohne alle vorherige Verständigung mit den Regierungen, von welchen erwartet wurde, daß sie „den Bischöfen keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legen würden, sich daran zu betheiligen“. Das war denn auch der Fall: Rußland allein machte eine Ausnahme. Zu den früheren Concilien hatten ferner die verschiedenen Regierungen ihre Legaten abgeschickt, die sich an den Verhandlungen betheiligten und ohne deren Zustimmung nicht leicht ein Beschluß gefaßt worden war. Die Regierungen waren schwankend, ob sie auch dießmal das Verlangen dazu stellen, die Curie, ob sie, wenn gestellt, es gewähren sollte. Schließlich verzichteten indeß jene unter dem Vorgange Frankreichs auf die bisherige Gepflogenheit und die Curie war damit sehr einverstanden. Die Idee der Trennung zwischen Staat und Kirche hatte auf jener Seite augenscheinlich bereits große Fortschritte gemacht und die Curie ließ sich die Consequenzen derselben gerne gefallen, so weit sie ihr überhaupt dienten und ihren Plänen förderlich schienen. Die Regierungen schienen überhaupt der Eröffnung des Concils entgegenzusehen, als ob dasselbe ihre Interessen gar nicht berühre, oder als ob es hinterher noch immer Zeit sei, dieselben zu wahren. Nur der Minister Bayerns, Fürst Hohenlohe, legte größere Voraussicht an den Tag. Durch eine Circulardepesche vom 9. April forderte er die Cabinette auf, sich wenigstens unter einander schon vorläufig zu benehmen. Allein sein Vorschlag fand keinen Anklang: Frankreich und Oesterreich lehnten ihn ab, womit er dahin fiel. So trieb die Welt gleichsam mit verbundenen Augen einem Ereignisse entgegen, dessen Folgen gar nicht zu berechnen waren und vor denen sie doch gewarnt worden war. Die öffentliche Meinung war inzwischen unruhig geworden und in Deutschland traten die ersten Symptome einer Opposition auch in weiteren Kreisen zu Tage. Die deutschen Bischöfe hielten es jedoch für passend, sie zu beschwichtigen. In Fulda zusammengetreten, erließen sie einen Hirtenbrief, in dem sie glauben zu machen suchten, was man befürchte, sei in Wahrheit nicht zu befürchten, wobei indeß zugleich eine leise Warnung auch für Rom ausgesprochen sein sollte. Denn ihrer Sache sicher waren auch die Bischöfe nicht, da sie von Rom aus über die dem Concil zu machenden Vorlagen gänzlich im Dunkel gelassen wurden. Völlig

Rom.



Rom. unvorbereitet sollten sie nach Rom kommen, nach Rom, wo überdies in den Händen der Curie mehr als anderswo Mittel aller Art waren, um eine allfällige Opposition zu erschweren, nöthigenfalls zu brechen. In der That kamen die Bischöfe auch Anfangs Dezember völlig unvorbereitet in der hl. Stadt zusammen. Um so genauer wußte die Curie, was sie wollte, und um so umfassender und sicherer hatte sie alle Maßnahmen getroffen, ihren Zweck zu erreichen. Zwei Verfügungen namentlich sollten ihr den Weg dazu von vorneherein ebnen. Zunächst entzog eine Bulle des Papstes dem Concil für alle Zukunft jede Einflußnahme auf eine Papstwahl, wosern eine solche etwa in die Zeit des versammelten Concils fallen sollte und dann octroyirte der Papst dem Concil eine Geschäftsordnung, die eine freie Bewegung neben, geschweige denn über ihm völlig unmöglich erscheinen ließ, die Initiative der Bischöfe illusorisch machte und eine solche vielmehr allein und ausschließlich der Curie wahrte. Zugleich wußte diese auch sofort ganz wie in einem weltlichen Parlamente sich der Majorität zu versichern und durch diese die Opposition, so weit eine solche zu befürchten stand, von der Leitung auszuschließen: die von der octroyirten Geschäftsordnung geforderten vier Ausschüsse (Delegationen) wurden ausschließlich aus ganz zuverlässigen Bischöfen zusammengesetzt und auch nicht Ein Mitglied in dieselben zugelassen, dessen die Curie nicht zum voraus für ihre Vorlagen, sie mochten wie immer lauten, völlig sicher sein konnte. Bis zum Schlusse des Jahres kam das Concil indeß nicht über die ersten Vorarbeiten hinaus. Nur so viel wurde schon bis dahin klar, daß von Seite einer Anzahl deutscher, österreichisch-ungarischer und französischer Bischöfe eine Opposition gegen die Pläne der Curie zu gewärtigen stehe, deren Energie und Ausdauer freilich vorerst nicht zu bemessen war. Vorerst hatte sie nicht den Muth, gegen die octroyirte Geschäftsordnung, die ihr die Hände band und binden sollte, offen zu protestiren und ebenso laut wie energisch ihre Zurücknahme zu verlangen. Zu ihrer Entschuldigung mag indeß gesagt werden, daß die Bischöfe sich erst kennen lernen mußten, bevor sie sich zusammenfinden und zusammen vorgehen konnten. Doch hatte schon jetzt der croatische Bischof Stroßmayer den Muth zu einer Philippica gegen den augenblicklich in Rom allmächtigen Orden der Je-

suiten, wofür er freilich von dem vorsitzenden Cardinal sofort zur Ordnung gerufen wurde.

Inzwischen griffen die modernen Ideen, die der hl. Stuhl zu Spanien bekämpfen sich berufen fühlte, fortwährend und immer weiter um sich und noch bevor der Papst, hauptsächlich auch um jene Ideen mit größerer Kraft und Autorität zu bekämpfen, vom Concil sämtlicher Bischöfe der katholischen Christenheit ein Ansehen in Anspruch nahm, das ihn weit über die Stellung eines bloßen Menschen emporheben und zu einer Art Gott auf Erden machen sollte, war ihm auch der letzte Staat, der ihm bisher noch unbedingte Unterwürfigkeit gezollt hatte, untreu geworden und hatte sich jenen modernen Ideen auch ihm gegenüber ergeben, Spanien. Nachdem im September 1868 durch die Vertreibung der Königin Isabella die Souveränität der spanischen Nation von dieser reivindicirt und allgemein anerkannt worden war, fanden am 15. Januar die allgemeinen Wahlen zu den constituirenden Cortes statt. Dieselben wurden schon am 11. Februar eröffnet. Sie machten sich sofort an ihre hauptsächlichste Aufgabe, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, setzten dafür zunächst einen Ausschuß nieder und begannen am 6. April den von ihm vorgelegten Verfassungsentwurf ihrer Verathung zu unterziehen. Von der Versammlung gehörten nur wenige, kaum 30, den gestürzten Parteien der Isabellisten, Carlisten und Neokatholiken oder Ultramontanen, etwa 60 bis 70 der republikanischen Partei, etwas mehr der sog. liberalen Union, der Rest den Progressisten oder liberalen Monarchisten und monarchischen Demokraten an: die zuerst genannten bildeten die Rechte, Unionisten und Progressisten das rechte und linke Centrum, die Republikaner die Linke; die beiden Centren machten die weit überwiegende Mehrheit aus und gingen vorerst trotz gewisser tief greifender Differenzen entschieden zusammen; ihnen gehörte auch die provisorische Regierung an, die aus der Revolution vom September hervorgegangen war. Die Regierung und die große Mehrheit der Cortes waren über die Grundzüge der neuen Verfassung von vornherein einig und der Entwurf gab daher im Ganzen zu keinen allzu lebhaften Debatten Veranlassung. Nur bezüglich zweier Punkte war das nicht der Fall, bezüglich der Frage über das Verhältniß zwischen Staat und Kirche und bezüglich der beantragten monarchischen Verfassung. Zuerst



Spanien. entspann sich der Kampf über jene Frage. Die Commission beantragte dafür: „Art. 20: Die Nation verpflichtet sich, den Cultus und die Diener der katholischen Religion zu erhalten. Art. 21. Die öffentliche oder häusliche Ausübung jedes andern Cultus wird allen in Spanien lebenden Fremden ohne weitere Einschränkung als die allgemeinen Regeln der Moral und des Rechts garantirt. Für den Fall, daß einige Spanier sich zu einer anderen als der katholischen Religion bekennen sollten, ist für sie die gleiche Verfügung giltig.“ Wenn auch etwas schüchtern und gleichsam nur auf einem Umwege sollte dadurch das große Princip der Glaubensfreiheit auch in Spanien verfassungsmäßig anerkannt werden; die Republikaner bekämpften den ersten, die Absolutisten den zweiten dieser Artikel mit lebhaftem Eifer und großer Zähigkeit aber ohne Erfolg: der erste wurde mit 176 gegen 76, der zweite mit 163 gegen 40 Stimmen angenommen und zwar mit dem Zusatz: „Die Erwerbung und Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte sind unabhängig von der Religion, zu der sich die Spanier bekennen.“ Noch heftigere Debatten erregten aber Art. 32 und 33 des Entwurfs. „Art. 32: „Die Souveränität liegt in der Nation und alle Gewalten gehen vom Volke aus. Art. 33: Die Form der Regierung der spanischen Nation ist die Monarchie.“ Die Republikaner bekämpften dieselben mit großem Eifer und der äußersten Hartnäckigkeit und stellten dafür eine ganze Reihe von Amendements. Aber bei der Abstimmung unterlagen sie und siegte die Monarchie schließlich mit 214 gegen 71 Stimmen. Der Rest des Entwurfs machte keine bedeutende Schwierigkeit mehr und am 1. Juni wurde die im Ganzen ziemlich demokratische Verfassung als Ganzes mit 214 gegen 55 Stimmen angenommen. Die reactionäre Fraction der Versammlung enthielt sich der Abstimmung und die republikanische stimmte gegen die Verfassung, gab aber die Zusicherung, den Beschluß der Cortes zu achten. Beide hatten ihre Hintergedanken, wie sich bald zeigte. Kaum hatten sich am 16. Juli die Cortes, nachdem sie noch ein Regentenschaftsgesetz angenommen und General Serrano provisorisch zum Regenten ernannt hatten, bis zum 1. October vertagt, so erhoben die Carlisten die Fahne der Revolution. Ihr Prätendent, der sich Carlos VII. nannte, und unmittelbar vorher eine Art Manifest erlassen hatte, in welchem er mancherlei Schönes und Gutes

versprach, daneben aber auch den Spaniern die Wiederherstellung des Spanien. Glaubenszwanges in Aussicht stellte, wartete an der Grenze. Der Versuch mißlang jedoch vollständig und jämmerlich. Es gelang den, meist von Priestern angeführten Bauernbänden nicht, sich eines einzigen festen oder auch sonst nur nennenswerthen Platzes zu bemächtigen. Der Carlismus ist für Spanien offenbar doch ein nachgerade überwundener Standpunkt und hat für die Zukunft keinerlei Aussicht mehr, höchstens noch in den baskischen Provinzen und selbst da lange nicht mehr in der früheren Stärke. Um so kräftiger rührte sich dagegen die republikanische Partei und zwar im Anschluß an die Erinnerungen der keineswegs ganz erloschenen Autonomie der Provinzen. Ueberall hatten sie sich nach Provinzen organisiert, deren Ausschüsse wieder ihre Delegirten nach Madrid sandten in eine Art Centralcomité, offenbar um bereit zu sein, im geeigneten Augenblick sofort die Regierung im Namen der demokratischen Föderativrepublik in die Hände zu nehmen. Innerhalb der Partei machten sich indess zwei Strömungen geltend. Die große Mehrzahl der Führer machte sich darüber keine Illusionen, daß die Partei, obwohl ihr außer Madrid fast alle großen Städte des Landes angehörten, doch nur eine Minderheit der Nation ausmache und daß namentlich das Landvolk für ihre Ideen und Bestrebungen noch durchaus nicht reif sei. Sie waren daher geneigt, sich trotz des sog. monarchischen Artikels innerhalb der Verfassung zu halten, so lange dieselbe auch von Seite der bestehenden Regierung nicht verletzt werde. Sie glaubten von jenem Artikel vorerst um so eher Umgang nehmen zu können, als zwar nunmehr allerdings verfassungsmäßig ausgesprochen war, daß Spanien eine Monarchie sein solle, der künftige Inhaber des Thrones aber noch nicht gefunden war, und sie wohl wußten, daß über diese Personalfrage die monarchisch gesinnte Mehrheit der Cortes nichts weniger als einig war, daß diese darüber leicht gänzlich auseinanderfallen und der republikanischen Partei dadurch bedeutende Chancen erwachsen könnten. Die Massen der Partei in mehreren großen Städten waren dagegen wenig geneigt, sich mit solchen Erwägungen zu begnügen, sondern vielmehr sehr geneigt, die Majorität, die sie in jenen hatten, zu benützen, um ihr Ideal wenigstens in diesen sofort zu verwirklichen und es so zur Krisis zu treiben. Namentlich in Catalonien und Andalusien tauchten wiederholt republikanische



Spanien. Banden auf und im September und October brachen in Barcelona, Saragossa, Valencia &c. förmliche Aufstände aus, die aber ohne allzu große Schwierigkeit unterdrückt werden konnten, mit Ausnahme desjenigen in Valencia, der nur mit starken Streitkräften und nur mit Mühe bewältigt werden konnte. Noch vor Ende October war indeß die Ruhe überall wieder hergestellt und mußten sich die Republikaner allerwärts fügen, ohne daß die Regierung aber stark genug gewesen wäre, sie auch zum Aufgeben ihrer Organisation zu zwingen, die wenigstens größtentheils bestehen blieb. Es ist auch möglich, daß Prim, zwar nicht das Haupt, aber unzweifelhaft der einflußreichste und mächtigste Mann der Regierung, da er als Kriegsminister über die Armee gebot, es gar nicht wollte, um sich der Partei je nach Umständen später bedienen zu können. Inzwischen kamen die Cortes am 1. October wieder zusammen und sofort trat auch die Thronfrage entschieden in den Vordergrund. Das natürlichste wäre gewesen, den Herzog von Montpensier, als den Gemahl der einzigen Schwester Isabellens, der sich seit mehr als zwanzig Jahren in Spanien thatsächlich naturalisirt hatte und als Orleans gemäßigt constitutionell-monarchischen Grundsätzen huldigte, auch die neue Verfassung sofort anerkannt hatte und aus Lissabon, wohin er von Isabellen vertrieben worden, zurückgekommen war, auf den vacanten Thron steigen zu lassen, wie er selbst wünschte und hoffte. Allein unglücklicher Weise war es ihm in der langen Zeit nicht gelungen, sich die Zuneigung der Spanier zu erwerben und zudem stand ihm der Einfluß des Kaisers der Franzosen entgegen, der in solcher Nähe keinen Orleans auf dem Throne dulden, freilich anderseits noch weniger aus der Ungewißheit der Lage etwa eines schönen Tages die Republik hervorspringen sehen wollte und am liebsten eine Restauration unter dem noch minderjährigen Sohne Isabellens gesehen hätte, weshalb er mit dieser fortwährend sehr nahe Beziehungen unterhielt, im übrigen aber den Spaniern freie Hand ließ, wenn sie einen Candidaten fänden, der ihm genehm wäre. Von einer Wiederherstellung des isabellistischen Throns in der Person ihres Sohnes wollten aber die aus der September-Revolution hervorgegangenen Machthaber selbstverständlich durchaus nichts wissen; darüber waren der Regent Serrano und der allmächtige Kriegsminister Prim durchaus einig. Serrano und die sog. unionistische



Partei waren entschieden für Montpensier, beschieden sich aber, vor-Spanien, erst zuzuwarten, einestheils weil sie keine Hoffnung hatten, seine Candidatur in den Cortes durchzusetzen, anderntheils aber auch mit Rücksicht auf das entschiedene Veto des Kaisers der Franzosen. Prim und der spanische Gesandte in Paris, Olozaga, gaben sich daher alle erdenkliche Mühe, einen passenden Candidaten unter den Fürstensöhnen Europa's aufzutreiben, der die erforderlichen Eigenschaften besäße und der einige Aussicht haben konnte, von den Spaniern gewählt zu werden. Anfangs und schon im April d. J. hatten sie an den gewesenen König Ferdinand von Portugal gedacht, um zugleich mit dem betreffenden Artikel des Verfassungsentwurfs auch mit einem Candidaten vor die Cortes treten zu können. In Spanien, wo die sogen. iberische Idee viele Anhänger zählt, hätte die Candidatur große Aussicht gehabt, aber in Portugal, das in keiner Weise von Spanien annectirt sein will, war die Idee um so weniger populär und König Ferdinand, der keine Lust hatte, den unter den gegenwärtigen Umständen durchaus nicht verlockenden Thron von Spanien mit der angenehmen Muße, deren er genoß, zu vertauschen, zumal er damit offenbar den Thron von Portugal für seine Familie gefährdet hätte, lehnte rund und sogar ziemlich schroff ab, und eben weil damals und zunächst kein anderer passender Candidat zu finden war, hatten die Cortes vorerst Serrano als Regenten mit einem Theil der königlichen Prerogativen ausgerüstet. Da jedoch Spanien, so lange der Thron nicht besetzt war, thatsächlich eine Art Republik war und diese der Majorität der Cortes für die Nation keine geeignete Regierungsform schien, so wurde, immer durch Vermittlung Olozaga's in Paris, nach einem anderen Candidaten gesucht. Vermuthlich im Einverständnisse mit Napoleon wurden zunächst Unterhandlungen mit dem Herzog von Aosta, dem zweiten Sohne des Königs Victor Emanuel von Italien angeknüpft. Allein der letztere glaubte seine Einwilligung dazu versagen zu sollen, da seine Dynastie auf nicht allzuvielen Augen steht und namentlich der Kronprinz keiner sehr robusten Gesundheit zu genießen schien. Nun warfen die Leiter Spaniens ihre Augen auf den Herzog Thomas von Savoyen, einen noch unmündigen Neffen Victor Emanuels und dieser gab dazu, wiewohl nicht allzugern und nur von Paris aus dafür gewonnen, schließlich seine Zustimmung. Aber

Spanien. nun trat die verständige Mutter des Prinzen dazwischen und war durchaus nicht für den Plan zu gewinnen. Ihren Willen zu brechen konnte sich Victor Emanuel doch nicht entschließen und nahm deshalb in den letzten Tagen des Jahrs seine schon gegebene Einwilligung zurück. Damit fiel auch diese Candidatur und Spanien sah sich genöthigt, neuerdings in ganz Europa einen Candidaten zu suchen, der geneigt wäre, den Thron mit der ohne sein Zuthun beschlossenen Verfassung anzunehmen und sich von einer größeren oder geringeren Mehrheit der Cortes zum Könige wählen zu lassen.

Frank-
reich.

Für das kaiserliche Regiment in Frankreich war diese Lage der Dinge in Spanien, die Schwierigkeit, einen ihm genehmen Candidaten zu finden und seine Wahl durchzusetzen und die Thatsache, daß der Sohn Isabellens, der ihm weitaus am genehmsten gewesen wäre, vorerst wenigstens auch nicht die mindeste, Montpensier aber oder die Republik, die es beide gleich perhorrescirte, so lange unzweifelhaft die meisten, jedenfalls viel größere Aussichten hatten aus Ruher zu kommen, eine große Sorge. Ohne den Rücken frei zu haben, war es für den Kaiser doch nicht rätzlich, gegenüber Preußen und Deutschland geradezu den Weg der Gewalt zu betreten, zumal solange vielleicht noch andere Wege, andere Combinationen übrig blieben, um Frankreich gegenüber der neu aufsteigenden Macht das Gleichgewicht resp. das Uebergewicht zu erhalten, obgleich der eben gemachte Versuch in Belgien ziemlich unrühmlich völlig gescheitert war. Noch weniger aber konnten die augenblicklichen inneren Zustände Frankreichs Napoleon zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen Preußen ermuntern. Das Resultat der Neuwahlen zum gesetzgebenden Körper hatte es herausgestellt, daß die öffentliche Meinung Frankreichs des kaiserlichen Absolutismus, den sie sich achtzehn Jahre hatte gefallen lassen, nachgerade einigermaßen satt war. Die Mehrheit der Nation schien ganz entschieden danach zu verlangen, daß ihr ein größerer Antheil, als seit dem Staatsstreiche, von ihren eigenen Geschicken eingeräumt werde und die bereits etwas freiere Presse erklärte laut und in jeder Weise, daß die Nation sich von diesem ihrem Streben nicht durch auswärtige Verwickelungen ablenken lassen dürfe und ablenken lassen werde. Vorerst war die Stimmung der öffentlichen Meinung in Frankreich eine durchaus friedliche und hatte schon in der letzten Session des gesetzgebenden Körpers auch die Regierung

gezwungen, sich überaus friedlich auszusprechen. Wie die Dinge in ^{Frank-}Frankreich nach achtzehnjährigen Anstrengungen lagen, konnte und mochte der Kaiser wohl hoffen, seine Gewalt, die sich hauptsächlich auf die Landbevölkerung stützte und diese durch tausend Mittel in Händen hielt, auch über diese Krisis im wesentlichen ungeschmälert hinüber zu retten; aber zunächst mußte die Krisis doch durchgemacht und mußten alle Pläne gegen Preußen, wenn solche wirklich gehegt wurden, zum mindesten vertagt werden.

Alzu geneigt, dem Andrängen ohne weiteres nachzugeben, war der Kaiser indessen nicht. Eine Zuschrift des Abgeordneten Baron Mackau gab ihm Gelegenheit, es in seiner Antwort sehr scharf zu betonen, daß „jedes Nachgeben in Beziehung auf Grundsätze oder auf Personen Volksbewegungen gegenüber stets unwirksam seien.“ Seine Regierung ging sogar damit um, die neue Kammer, von der man annehmen mußte, daß sie jedenfalls nicht mehr so gefügig sein würde als die früheren und ihr wo nicht Gefahren doch jedenfalls Schwierigkeiten genug bereiten werde, vorerst gar nicht einzuberufen, sondern damit ganz ruhig bis zum gesetzlichen Zeitpunkte, d. h. bis Ende Octobers zu warten. Diese Idee mußte man indeß doch fallen lassen. Eine große Anzahl der Gewählten verankte ihre Wahl nur der theilweise ganz scandalösen Einmischung der Regierung und war durch Proteste angefochten, welche von der freier gewordenen Presse lebhaft unterstützt wurden. So lange die Kammer nicht einberufen und die Wahlen nicht verifizirt, genehmigt oder annullirt waren, hing eine Art Democlesschwert über einem sehr beträchtlichen und zwar gerade dem ganz ergebenen Theile der Kammer und gab der Presse freie Hand, die Ansprüche derselben zu bezweifeln und die Regierung fort und fort anzugreifen. Dieser Ungewißheit, die nur für die Regierung und ihre Partei nachtheilig war, mußte ein schnelles Ende gemacht werden und so wurde denn die neue Kammer auf den 28. Juni einberufen. Herr Rouher, der Staatsminister, eröffnete sie mit einer Erklärung, daß sie sich vorerst nur mit den Wahlprüfungen zu befassen habe und daß Alles weitere der ordentlichen Session des Winters vorbehalten bleiben solle, „die Erneuerung des gesetzgebenden Körpers durch das allgemeine Stimmrecht ist eine natürliche Gelegenheit für die Nation, ihre Gedanken, ihre Wünsche und ihre Bedürfnisse kund zu geben.

Frank-
reich. Über die Prüfung der politischen Resultate dieser Kundgebung darf nicht überstürzt werden.“ Die Regierung dachte also zum mindesten Zeit zu gewinnen und inzwischen freie Hand zu behalten. Die Majorität der Kammer, von dem Strom der öffentlichen Meinung gedrängt, der selbst bisher unbedingte Anhänger der Regierung mit sich riß, war nicht dieser Meinung. Schon zwei Tage nach der Eröffnung derselben bildete sich neben den verschiedenen Parteien der Linken eine Mittelpartei, welche sofort beschloß, die Regierung „über die Nothwendigkeit zu interpelliren, dem Wunsche des Landes Genugthuung zu geben, welcher darin besteht, dasselbe in wirksamster Weise an der Regierung des Landes zu betheiligen“ wofür sich alsbald 70 Mitglieder unterzeichneten. Der vorerst absichtlich etwas unbestimmt gehaltenen Interpellation ließ Rouher eine andere entgegensetzen, die lediglich, aber genau formulirt die Wiederherstellung der Adresse, ein weniger complizirtes Interpellationsrecht, eine Ausdehnung des Amendementsrechts und die Ernennung des ganzen Vorstandes der Kammer durch diese selbst verlangte. Offenbar waren das die äußersten Concessionen, zu denen die Regierung geneigt war. Es war dazu zu spät, die Regierungs-Interpellation fand nicht den mindesten Anklang und der Antragsteller mußte sie selber wieder zurückziehen. Der Zwischenzug erzeugte vielmehr das Gegentheil dessen, was er beabsichtigt hatte: die neue Mittelpartei formulirte nun auch ihrerseits ihre Begehren geradezu mit der „Errichtung eines verantwortlichen Ministeriums“ und die Zahl der Unterzeichner der so vervollständigten Interpellation stieg von 70 bis auf 116, was nur dadurch möglich war, daß immer mehr Mitglieder der alten Majorität diese verließen und zur neuen Mittelpartei übergingen. Zusammen mit der Linken, die jedenfalls auch für die Interpellation stimmen würde, vorerst aber in der günstigen Lage war, sich ganz bei Seite halten zu können, um der neuen Opposition gegen den kaiserlichen Absolutismus den Vortritt zu lassen, war der Interpellation zum voraus eine Mehrheit gesichert und obgleich die Wahlprüfungen noch lange nicht erledigt waren, wurde von allen Seiten dringend und immer dringender die Constituirung der Kammer verlangt, um die Interpellation der Mittelpartei zur Behandlung bringen zu können. Der Kammerpräsident Schneider suchte diesen Moment so viel wie möglich hinaus-

zuschieben, endlich ging es nicht mehr: Die Kammer erklärte sich am 11. Juli für constituirt. Der sofortigen Debatte über die allgemeine Lage des Landes und dem voraussichtlichen entschiedenen Mißtrauensvotum gegen das sog. persönliche Regiment und das Ministerium Rouher stand nichts mehr im Wege. Der Kaiser kam dem Schläge jedoch zuvor. Am 12. Juli eröffnete Rouher dem gesetzgebenden Körper eine kaiserliche Botschaft: der Kaiser gestand eine Reihe von Reformen zu, welche die Rechte der Kammer allerdings wesentlich erhöhten — aber die Verantwortlichkeit der Minister war nicht darunter, das Recht des Senats, allein für Verfassungsveränderungen competent zu sein, blieb gewahrt und, was die Hauptsache, die sog. Verantwortlichkeit des Kaisers, das Institut der Plebisците „die Prärogativen, welche mir das Volk am ausdrücklichsten anvertraut hat und welche die wesentlichsten Bedingungen einer Gewalt sind, die die Sicherheit der Ordnung und der Gesellschaft ausmacht“ sollten ausdrücklich unangetastet bleiben. Von einem neuen Ministerium, um eine „neue Aera“ einzuleiten, war keine Rede; Herr Rouher dachte offenbar nach wie vor am Ruder zu bleiben. Die Kammer war nicht befriedigt, der Zweck des Kaisers nicht erreicht. Rouher konnte sich darüber keine Illusionen machen und es dem Kaiser nicht verhehlen und was er eingestehen mußte, wurde vom Kammerpräsidenten, der selbst zur Mittelpartei neigte, dem Kaiser persönlich bestätigt. Wenn die Botschaft nicht ein Schlag ins Wasser sein sollte, mußte mehr geschehen. Der Kaiser war rasch entschlossen, Herr Rouher gab noch am Abend des Tags seine Entlassung, das Ministerium sollte neu gebildet und der Senat auf den 2. August zu Feststellung der Verfassungsveränderung einberufen werden; zugleich aber wurde der gesetzgebende Körper auf unbestimmte Zeit vertagt und damit vorerst auf die Seite geschoben. Die Entlassung Rouher's erregte wohl allgemeine Befriedigung, die Vertagung der Kammer aber wog sie mehr als auf und noch entschiedener, als am 17. Juli die Bildung des neuen Ministeriums bekannt wurde. Es war kein parlamentarisches Ministerium, von den Mitgliedern der neuen Mittelpartei, die doch Alles erzwungen hatte, war auch nicht eines darunter. Das Staatsministerium wurde zwar abgeschafft, aber Forcade, der als Minister des Innern die letzten Wahlen mit den offiziellen Candidaturen und all ihrem



Frankreich. Scandal geleitet hatte, blieb und trat gewissermaßen als Haupt an die Spitze des neuen Cabinets; auch die Minister des Kriegs und der Marine sowie der Finanzen blieben dieselben, die neu eintretenden Minister waren ziemlich unbedeutende Namen und den Reihen der Satisfaits entnommen. Inzwischen trat durch die Vertagung der Kammer in der begonnenen Bewegung immerhin eine erzwungene Pause ein. Diese Pause wurde nur äußerlich durch die Debatten des Senats über das neue Verfassungsconsult, in welches, wieder einen kleinen Schritt weiter gehend, die Verantwortlichkeit der Minister wenigstens im Allgemeinen aufgenommen worden war, ausgefüllt. Diese servile Körperschaft ertheilte ihm seine Zustimmung, obwohl sie im Herzen ganz anders dachte. Die Beratungen waren ohne Interesse, die einzige Rede des Prinzen Napoleon ausgenommen, der es für passend hielt, wieder einmal den größten Liberalismus an den Tag zu legen und Forderungen zu stellen, die weit über die Intentionen der Regierung hinausgingen und die Senatoren in wahren Schrecken versetzten. Eine weitere Folge hatte die Rede natürlich nicht. Dagegen fallen zwei andere Ereignisse von viel größerer Bedeutung in jene Pause: am 11. August erkrankte der Kaiser und seine Krankheit gestaltete sich schnell zu einer so bedenklichen, daß die Eventualität seines Todes überall ins Auge gefaßt werden mußte und drei Tage darauf starb ziemlich unerwartet der Kriegsminister Marschall Niel, das Haupt der Kriegspartei in der Armee, in der Regierung und am Hofe des Kaisers. Die Regierung, der gewohnten Leitung des Kaisers entbehrend, erschien unschlüssig und schwach und war jedenfalls doppelt froh, wenigstens augenblicklich nicht auch noch die Schwierigkeiten der Kammer auf dem Halse zu haben. Die Gefahr ging indeß vorüber, der Kaiser konnte um die Mitte Septembers wenigstens wieder ausfahren; aber erst am 3. October wurde die Kammer durch kaiserliches Decret wieder einberufen, und zwar auf den 29. November. Es war etwas schwierig, die Unzufriedenheit und Ungeduld der öffentlichen Meinung so lange einzudämmen; indeß es gelang. Die Kammern wurden am anberaumten Tage durch eine Thronrede des Kaisers eröffnet, die in dem Satze gipfelte: „Für die Ordnung stehe ich ein; unterstützen Sie mich, meine Herren, die Freiheit zu erhalten. Ich zweifle nicht, daß die Session zu glücklichen Ergebnissen führen wird. Die

directere Theilnahme des Landes an seinen eigenen Angelegenheiten ^{Frank-} wird dem Kaiserreich neue Kraft verleihen." Die neue Mittelpartei ^{reich.} constituirte sich sofort wieder als rechtes und linkes Centrum. Aber vorerst konnte sie nicht in Action treten, da zunächst die ganze Reihe der noch nicht erledigten, beanstandeten Wahlen verifizirt werden mußte. Die Centren entwickelten dabei nicht gerade allzu vielen Muth und wenig Selbständigkeit gegenüber der kaiserlichen Regierung. Die Prüfung der Wahlen enthüllte eine Reihe von Einmischungen der Regierung, die das allgemeine Stimmrecht bei dem gegenwärtigen Bildungsstande der großen Mehrheit des französischen Volkes als eine wahre Farce erscheinen ließen und den scandalösesten Mißbrauch der Gewalt in einer langen Reihe von Fällen an den Tag legten. Trotzdem wurden die beanstandeten Wahlen, selbst die scandalösesten nicht ausgenommen, bis auf ganz wenige alle genehmigt: selbst der größere Theil der Mittelpartei bot dazu die Hand, um sich regierungsfähig zu machen. Diesen Zweck erreichte sie denn auch. Am 27. December war das Geschäft der Wahlprüfungen beendigt, am 28. entließ der Kaiser das Ministerium Forcade-Magne und beauftragte Herrn Emile Ollivier mit der Bildung eines neuen aus den Reihen der nunmehrigen Kammermajorität. Eine gewisse Bedeutung ließ sich dem Schritte nicht absprechen. Die bisherigen Minister waren seit 18 Jahren in der That bloß die Commis des Kaisers gewesen, die neuen konnten es in der alten Weise nicht mehr sein: eine gewisse Selbständigkeit durfte man von ihnen erwarten. Wie weit sie aber gehe und sich bewähren würde, stand dahin. Das Haupt des neuen Ministeriums, Ollivier, war unbestreitbar ein Mann von großen Talenten und von großer Gewandtheit, aber ein Charakter war er offenbar nicht. Darüber ließ seine bisherige Laufbahn, die mit seinem Eintritt in den gesetzgebenden Körper als einer der Fünf begonnen hatte, jedenfalls keinen Zweifel. Auf der andern Seite mochte jedoch auch nicht geläugnet werden, daß die Bewegung, die mit der Einsetzung einer Art parlamentarischen Ministeriums schloß, in das seit dem Staatsstreich aufrecht gehaltene System napoleonischer Regierungsart eine tüchtige Bresche gelegt hatte, daß das neue Ministerium von einer starken Strömung getragen schien und daß dem Kaiser während seiner Krankheit durch den Gang der Dinge in der zweiten Hälfte



Frank-
reich: des Jahres die Zügel des Regiments einigermaßen entfallen waren und es ungewiß schien, ob und wie er dieselben wieder zu fassen im Stande sein würde. Jedenfalls waren sowohl die öffentliche Meinung des Landes, als der Kaiser augenblicklich mit ganz anderen Dingen und Fragen beschäftigt, als mit kriegerischen Plänen gegen Preußen und schien zu Ende des Jahres der Friede gesicherter als noch je seit 1866, wenn man sich darüber auch nicht täuschen durfte und nicht wohl täuschen konnte, daß, zumal bei der wankelmüthigen Natur der Franzosen, die Sicherheit vielleicht nur eine momentane sei und Alles von der weiteren Entwicklung der Dinge in Frankreich abhängen, die sich vorerst noch nicht berechnen ließ.

Oester-
reich: Mit Recht oder mit Unrecht wurde angenommen, daß Napoleon sich seinerseits kaum entschließen werde, die Frage der Aufrechthaltung der Suprematie Frankreichs gegenüber Preußen und Deutschland auf die Spitze des Schwertes zu stellen, ohne wenigstens eines hinreichend mächtigen Bundesgenossen sicher zu sein. Dieses konnte unter den obwaltenden Umständen nicht wohl eine andere Großmacht als Oesterreich sein. Die Aussicht auf Erhaltung des Friedens schien daher dadurch gewonnen zu haben, daß auch Oesterreich, ganz abgesehen von anderen, militärischen und finanziellen Gründen, in der zweiten Hälfte und bis zum Schlusse des Jahres in steigendem Maße von einer Bewegung in Anspruch genommen wurde, welche die Verfassung und damit die Gesamtheit der inneren Lage, wie sie sich seit 1867 aus dem Ausgliche mit Ungarn herauszubilden geschehen hatte, in Frage stellte und Oesterreich zu Allem eher geeignet machte, als dazu, den Rachegefühlen wegen Sadowa die Zügel schießen zu lassen, sich an den Schweif Frankreichs zu hängen und in einem Kriege mit Preußen-Deutschland seine ganze Existenz aufs Spiel zu setzen.

Ließ sich in der ersten Hälfte des Jahres ein allmäliges aber unverkennbares Ermatten des Reichsraths und des aus seiner Majorität hervorgegangenen Bürgerministeriums Wislra-Herbst in dem Ausbau eines kräftig verjüngten Oesterreichs auf freiheitlicher Grundlage und bei aller Achtung vor der berechtigten Autonomie jeder anderen Nationalität des Reichs unter der entschiedenen Hegemonie des an Zahl wie an Intelligenz und Reichthum

ihnen allen einzeln überlegenen deutschen Elementes erkennen; so gebeten sich in der zweiten Hälfte des Jahres jene Nationalitäten immer fecker und anspruchsvoller, und trat die Frage, ob Oesterreich nach all den zahlreichen Organisationsversuchen, die es in den letzten zwanzig Jahren schon gemacht hatte, nicht wiederum einen solchen machen wolle, vielleicht machen müsse, immer näher heran. Sie trieb ihren gefährlichen Keil in den letzten Tagen des Jahres selbst in das Ministerium Giskra-Herbst hinein, so daß plötzlich eine Ministerkrisis austauchte und Niemand sagen mochte, was möglicher Weise schon im folgenden Jahre aus Oesterreich werden solle.

Wie schon erwähnt, zeigte bereits der Ausgang der Session der Delegationen im August 1869, wie wenig Einheit, wie wenig Zusammenhalten die verschiedenen Theile Cisleithaniens gegenüber denjenigen des ungarischen Ländercomplexes besäßen. Seit dem Abschluß des Ausgleichs mit Ungarn hatte der Reichsrath, in dem die Deutschen mit Hülfe eines Theils der Abgeordneten aus den ganz oder doch überwiegend slavischen Kronländern die Majorität besäßen, sich in die ihm Ungarn gegenüber bereitete Nothlage gefügt und war nur bemüht gewesen, diese durch freiheitliche Errungenschaften aufzuwägen. Schon das war ihm gleich von vorneherein bei der Revision der Staatsverfassung nur vermitteltst starker Concessionen an die Fraction der Polen Galiziens im Interesse möglichst ausgebehnter Autonomie der einzelnen Kronländer gelungen und selbst damit waren die Polen noch keineswegs zufrieden und hielten nur vorläufig, gewissermaßen nur bedingungsweise zu der neuen Ordnung der Dinge; nicht zwar geradezu ausgesprochener Maßen aber doch thatsächlich blieben die galizischen Abgeordneten nur so lange im Reichsrathe und nahmen an seinen Arbeiten Theil, als sie hoffen konnten, noch weitere Concessionen für die Selbständigkeit ihres Kronlandes demselben abzurufen, stets bereit, aus demselben auszuscheiden, sobald sie sich überzeugen würden, daß dieß nicht weiter der Fall sein werde. Es war dieß eine Art Damoclesschwert, das die Polen fortwährend über dem Reichsrathe hängen ließen und das die verfassungstreue Majorität um so mehr mit Besorgnissen erfüllen mußte, als ihr Verhältniß zu dem größten der Kronländer, zu Böhmen ein in der That noch bedenklicheres war. Womit die Polen fortwährend drohten, hatten die Czechen Böhmens längst ausgeführt: gestützt auf



Desterreich ihre Ueberlegenheit an Zahl in Böhmen und auf ihre Ansprüche vollständiger Unabhängigkeit und Selbständigkeit innerhalb Cisleithaniens protestirten sie gegen die böhmische Landesverfassung und gegen die gesamtösterreichische Staatsverfassung und nahmen weder an den Arbeiten des böhmischen Landtags, noch an denen des Reichsraths Theil. Nur dadurch, daß sie im Jahre 1865 in thörichterer Verblendung den günstigen Augenblick, sich die Majorität im böhmischen Landtage zu sichern, verpaßt hatten, war der deutschen Partei die Majorität im Reichsrathe geblieben; errangen sie jene neuerdings und beschickten sie den Reichsrath, so verfügten die Slaven über eine Majorität in diesem und waren die Deutschen definitiv in die Minderheit herabgedrückt. Selbst im Süden regten sich, von den Czechen aufgestachelt, die über mehrere Kronländer ausgebreiteten, bisher ziemlich harmlosen Slovenen stärker und hatten bereits wenigstens in Krain die Majorität des Landtags davon getragen und damit einen Kern für das von ihnen geträumte Königreich Slovenien errungen. Alle diese verschiedenen Bestrebungen flossen in der Tendenz zusammen, das bisher bestandene Uebergewicht der deutschen Kronländer und des deutschen Elementes überhaupt in Desterreich zu brechen, die Decemberverfassung sammt dem Reichsrathe zu beseitigen, die cisleithanische Einheit aufzulösen und Desterreich in eine Art von Föderation deutscher und slavischer Länder umzuwandeln, die, jedes für sich völlig selbständig, unter sich und mit Ungarn nur durch das Band gemeinsamer Diplomatie und gemeinsamer Militärorganisation, die in dem Reichsministerium und den Delegationen ihren bereits bestehenden Ausdruck finden könnten, verbunden wären. Unzweifelhaft hatten diese Ideen in den letzten Jahren Fortschritte gemacht und es war der deutschen Partei und dem Reichsrathe nicht gelungen, die ebenso hartnäckige als leidenschaftliche Opposition der Czechen zu brechen und die übrigen Slaven von der weiteren Verfolgung ihrer vorerst noch weniger gefährlichen Gelüste zurückzuschrecken. Die nationalen Oppositionen traten im Gegentheil immer kühner auf, während die Kraft des Reichsraths und die aus ihm hervorgegangene Regierung sichtlich erlahmten, zumal die freiheitlichen Bestrebungen und Errungenschaften nur in den deutschen Kronländern die erwarteten Früchte trugen, im übrigen aber bisher nur dazu gedient hatten, die sämmtlichen reactionären Elemente ins slavische Lager hinüberzubringen und von

den nationalen Oppositionen nur dazu benützt worden waren, Verfassung, Regierung und Reichsrath um so wirksamer zu bekämpfen und zu untergraben. Ihre kräftigste und nachhaltigste Stütze fanden diese Bemühungen in den Landtagen und in dem Umstande, daß seit 1861 der Reichsrath aus diesen Landtagen hervorging und daher, wie schon früher bemerkt wurde, in Wahrheit nur eine Versammlung von Landtagsausschüssen war, was nur dadurch einigermaßen gemildert und verhüllt wurde, daß die Landtage bei ihren Wahlen in den Reichsrath an gewisse Gruppen gebunden und nicht befugt waren, ihren Abgeordneten bindende Instructionen zu erteilen. Auf die Dauer mußte diese Lage der Dinge immer offener zu Tage treten und in immer weiteren Kreisen erkannt werden. Unausweichlich mußte entweder eine Abhülfe für dieses Grundgebrechen der österreichischen Verfassungszustände gefunden, oder es konnte so zu sagen der Augenblick berechnet werden, wo der Reichsrath lahm gelegt oder gesprengt und die hergebrachte Stellung des deutschen Elements in Oesterreich sammt der Verfassung gebrochen sein würde, die verschiedenen nicht-deutschen Nationalitäten aber in der Lage wären, sich auf den Trümmern nach ihrem Belieben einzurichten. Als eine Rettung vor dieser Gefahr war die Lösung des Reichsraths von den Landtagen und die Einführung directer Wahlen für denselben erkannt worden. Der niederösterreichische Landtag hatte, wie schon erwähnt, die Idee im vorhergehenden Jahre sich angeeignet und das Ministerium Viskra-Herbst hatte einen Augenblick Miene gemacht, dieselbe aufzunehmen und als Regierungsvorlage im Reichsrathe einzubringen und durchzusetzen. Von den einflußreichsten Pressorganen der deutschen Partei war es darin unterstützt und nach Kräften angetrieben worden. Wie sich aber später herausstellte, war die Regierung über die Frage selber nicht einig und gelang es der Opposition in derselben, die Frage wenigstens zu verschieben, obgleich gerade die bisher einflußreichsten Mitglieder, Viskra und Herbst, sich dafür erklärt hatten. So ging die Session des Reichsraths unbenützt vorüber. Dann traten die Delegationen zusammen und ihnen folgten zu Anfang Septembers die Landtage. Diese dachte Viskra zu benützen, um die Idee wenigstens überall zur Sprache zu bringen und um genau zu wissen, welche Unterstützung einerseits und welchen Widerstand andererseits dieselbe in dem Schooße der Landtage und in der Folge auch im

Oesterreich; Reichsrathe zu gewärtigen hätte. Er beauftragte demgemäß die Statthalter, die Frage in den Landtagen zur Sprache zu bringen und dafür besorgt zu sein, daß über die verschiedenen Modalitäten bestimmte Antworten erfolgten. Die Antwort war diejenige, die im Grunde zu erwarten gewesen war. Die slavischen Landtage sprachen sich gegen, die Deutschen grundsätzlich für die Idee aus, aber auch die Letztern gingen über die Art und Weise, wie sie ins Leben geführt werden sollte, weit auseinander. Es war klar, auch die deutsche Bevölkerung des Reichs war für die Idee noch nicht genügend vorbereitet und es schien sehr zweifelhaft, ob eine Vorlage im Sinne derselben im Reichsrathe auf eine Mehrheit und zwar, da es sich selbstverständlich um eine Verfassungsänderung handelte, auf eine Zweidrittel-Mehrheit würde rechnen können, ganz abgesehen davon, daß von Seite mehr als eines Landtags der entschiedenste Widerstand von vorneherein zu gewärtigen stand und auch die Genehmigung des Kaisers zum mindesten zweifelhaft schien. Im Uebrigen machte sich wie vorauszusehen auf den Landtagen die entgegengesetzte, centrifugale Strömung geltend. Der galizische Landtag erneuerte seine vorjährige Resolution und verrieth nicht übel Lust, von seinen Abgeordneten den sofortigen Austritt aus dem Reichsrathe zu fordern oder ihn doch zu erwarten, wenn dieser dem Begehren nicht alsbald entsprechen sollte. In Böhmen und Mähren beharrten die Czechen und die mit ihnen verbündeten Feudalen auf ihrem System und nahmen an den Landtagen keinen Theil; nur dem augenblicklich überwiegend deutsch gesinnten Großgrundbesitze war es zu verdanken, daß jene ihren Zweck erreichten und die Landtage auch ohne die Czechen beschlußfähig blieben. In Krain majorisirten die Slovenen rücksichtslos die deutsche Minorität des Großgrundbesitzes und der Städte und versuchten weitere Schritte, das Kronland in Verwaltung, Justiz, Schule &c. zu einem ganz slavischen umzugestalten. Selbst das kleine Triest, das doch alles seiner Verbindung mit Oesterreich verdankte, suchte sich derselben nach Kräften zu entledigen. Erst gegen Mitte November ging die Session der letzten Landtage zu Ende, ihr sollte auf dem Fuße diejenige des Reichsraths folgen. Unterdessen waren aber im äußersten Süden des Reichs, in Dalmatien, Ereignisse eingetreten, welche die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung, die sich um diese Gebiete sonst sehr wenig und

sicher viel zu wenig bekümmerte, plötzlich dorthin lenkten. Dalmatien ^{Oesterreich.} gehörte seit 1861 und noch ausdrücklicher durch den Ausgleich mit Ungarn seit 1867 zur cisleithanischen Reichshälfte, obgleich Croatien fortwährend auf dasselbe als einen Theil des sog. dreieinigten Königreichs Anspruch machte und der ungarische Reichstag in seinem Ausgleich mit Croatien diese Ansprüche zu unterstützen versprach. Die Bevölkerung ist auch in der That nur in den Seestädten und längs der Küste eine theils italienische theils italianisirte, im Innern aber und im Ganzen überwiegend eine-croatische; trotzdem hat Dalmatien nur einmal vor Jahrhunderten und nur vorübergehend zu Croatien gehört und beruht der Rechtstitel der Croaten lediglich auf nationalen, keineswegs aber auf irgend stichhaltigen staatsrechtlichen Gründen. In seinem Landtage hatte bisher die italienische Partei die Oberhand behauptet und die nationale nur eine Minorität gebildet; im Reichsrath war es durch vier verfassungstreue und einen nationalen Abgeordneten vertreten. Im Frühjahr war nun vom Reichsrath auch der die Landwehr betreffende Theil des Wehrgesetzes angenommen worden. Ausnahmsbestimmungen wie für Tyrol waren darin für Dalmatien nicht statuirt. Ein Theil desselben hatte aber bisher eine Art nationaler Landwehr oder Miliz besessen und verlangte nun, daß man ihr diese belasse, als das Ministerium — Graf Taaffe als Minister der Landesvertheidigung — durch Verordnung vom 8. August die Vorarbeiten für die Organisation der Landwehr in Dalmatien wie in allen übrigen Kronländern vorzunehmen befahl. Zunächst verlangte der Landstrich Zupa hiesfür einen Aufschub von fünf Monaten und dem Begehren schloß sich alsbald auch der Landstrich Crivoscie an. Zahlreiche Petitionen, die auch noch andere Wünsche beifügten, gingen bald von allen Theilen Dalmatiens nach Wien ab. Die Regierung ging nicht darauf ein, wohl hauptsächlich, weil ihr die Verhältnisse in Dalmatien nicht näher bekannt und sie nicht gewohnt war, den dalmatinischen Verhältnissen allzu große Sorgfalt zu widmen. Da sollte am 7. October ein Detachement von der Küste nach dem Bergort Dragali ziehen, um die dortige kleine Besatzung zu verstärken. Auf dem Wege wurde es von den Einwohnern überfallen und der Commandant ermordet. Damit war der Widerstand gegen die Regierung eröffnet. Diese antwortete mit der Verhängung des Belagerungs-

Oesterreich. zustandes über die insurgirten Gegenden. In aller Eile wurden Truppen und Schiffe von Triest aus hingeschickt und schon am 18. October eine starke Expedition ins Innere des Landes abgesendet, wo inzwischen die Autorität der Regierung ganz aufgehört hatte. Dieselbe mißlang und die Truppen mußten sich am 26. October wieder an die Küste zurückziehen. Anfangs November unterwarf sich indeß die durch die Bodenverhältnisse weniger geschützte Zupa, nicht aber die Crivoscie. Nicht ganz zufrieden mit dem FML. Wagner vertraute die Regierung das Truppencommando dem General Auersperg an und dieser unternahm nun am 16. November eine zweite Expedition ins Innere. Allein auch er scheiterte und seine Truppen mußten am 21. wiederum sich an die Küste zurückziehen. Für den Winter war nunmehr nichts weiter zu unternehmen möglich und militärisch blieb nichts anderes übrig, als vorerst die Aufständischen gewähren zu lassen. Inzwischen aber gewann im Ministerium zu Wien die Politik eines wo immer möglich friedlichen Ausgleichs mit denselben die Oberhand: statt General Auersperg wurde der FML. Rodich, selbst ein geborner Croate, als Militärcommandant nach Dalmatien geschickt und dieser hat denn auch bald nach Neujahr mit den Insurgenten den sog. Frieden von Kneslac geschlossen, durch welchen sie sich scheinbar unterwarfen, aber eben nur scheinbar: sie erhielten vollständige Amnestie und von der Einführung der Landwehr war weiter keine Rede mehr. Dalmatien ist, wenn nicht alles trügt, thatsächlich den Nationalen überlassen und für Cisleithanien verloren. Für die österreichische Regierung bezeichnete die Summe all dieser Vorgänge eine politische und militärische Niederlage: die österreichische Presse selber war darüber einig. Nicht wenig mochte dazu beigetragen haben, daß die Spaltung im Ministerium, die schon lange unter der Asche geglimmt hatte, inzwischen in helle Flammen ausgebrochen war. Den nächsten Anstoß dazu gab die oben dargelegte Frage einer Wahlreform des Reichsraths. Nachdem die Antworten der Landtage darüber um die Mitte November sämmtlich vorlagen, war die Mehrheit des Ministeriums, darunter Giskra und Herbst, bereit und entschlossen, die Initiative dafür im Reichsrath zu ergreifen und gab sich der Hoffnung hin, für die Maßregel die erforderliche Zweidrittel-Majorität zu gewinnen. Die Minderheit dagegen, der Ministerpräsident Graf Taaffe, der

Ackerbauminister Fürst Potocki und der Minister ohne Portefeuille Oesterreich.
 Dr. Berger erklärten sich dagegen und verlangten umgekehrt vielmehr die Herbeiführung einer Verständigung mit der gesammten nationalen Opposition d. h. die Revision der Verfassung und die Inauguration des föderalistischen Systems in Oesterreich, alles jedoch auf verfassungsmäßigem Wege, wosfern dieß überhaupt möglich war, was und wohl mit Recht stark bezweifelt wurde. Da der Reichsrath am 13. December eröffnet werden sollte, so kam die Thronrede nur noch durch einen Compromiß zwischen den beiden Parteien des Ministeriums zu Stande und gleich nachher, am 18. December, sah sich die Majorität veranlaßt, ihre Anschauungen in einem einläßlichen Memoire an den Kaiser darzulegen, worauf die Minorität am 24. desselben Monats mit einem Gegen-Memoire antwortete, das an Deutlichkeit in der That nichts zu wünschen übrig ließ und geradezu als eine Anweisung für die die Verfassung bestreitende und bekämpfende Opposition bezeichnet werden muß, wie sie es anzufangen hätte, um schließlich die verfassungsmäßigen Zustände und die Verfassung zu sprengen und ihr Ziel zu erreichen. Constitutionell hatte der Kaiser zunächst noch keine Veranlassung, sich für diese oder jene Partei zu entscheiden, doch schien es ziemlich zweifellos, daß er persönlich sich entschieden der letzteren Partei und dem letztern Wege zuneige. Der eben zusammengetretene Reichstag fühlte sich unter dem peinlichen Drucke all dieser Vorgänge: es lag etwas Verderbensschwangeres in der Luft wie unmittelbar vor dem Sturze Schmerling's und dem Eintritte Belcredi's. Die Ministerkrisis war unläugbar: an der Majorität des Reichsraths lag es, zu derselben sofort und ganz unzweideutig Stellung zu nehmen. Sie hatte jedoch nicht die Kraft dazu: am 21. December vertagte der Reichstag sich über Neujahr bis zum 17. Januar und verzichtete damit wenigstens vorerst auf die Krisis irgend einen entscheidenden Einfluß zu nehmen. Diese Zustände waren offenbar völlig geeignet, Oesterreich hinreichend mit sich selbst zu beschäftigen und sehr wenig, sich mit Frankreich zu alliiren, um über Preußen herzufallen. Von dieser Seite war also jedenfalls die Störung des Friedens noch weniger zu besorgen, als von Seite Frankreichs. In Wahrheit war Oesterreichs Lage am Schlusse des Jahres 1869 eine im äußersten Grade bedenkliche. Es hat sie selber verschuldet. Nach dem Ausgliche mit Ungarn, der



Oesterreich. nur unter der Voraussicht Dauer versprach, daß das deutsche Element dießseits der Leitha ebenso entschieden die Zügel führe, wie das magyarische jenseits, hätte Oesterreich sich eben zu diesem Ende hin fest an das mit Macht als Führer der deutschen Nation emporgestiegene Preußen anschließen und den Beitritt der süddeutschen Staaten zum norddeutschen Bunde seinerseits eher erleichtern als erschweren sollen. Preußen kann kein Interesse haben, Oesterreichs Auflösung zu begünstigen oder gar seinerseits herbeizuführen und damit die sämtlichen slavischen Kronländer desselben und möglicher Weise selbst Ungarn der russischen Weltmacht in die Arme zu treiben. Der Nachtheil wäre augenscheinlich viel bedeutender, als selbst der Erwerb Deutsch-Oesterreichs, ganz abgesehen davon, daß der Einheitsstaat in Deutschland trotz der so viel angefeindeten Annexionen vom Jahre 1866 sicherlich noch auf viele Jahrzehnte hinaus auch nicht die allermindeste Aussicht hat und Preußen gewiß auch nicht von ferne daran denkt, Deutsch-Oesterreich annectiren zu wollen. Was in der Natur der Dinge liegt, ist vielmehr eine enge Allianz zwischen Preußen-Deutschland und Oesterreich-Ungarn und entspräche den Interessen Deutschlands gegen alle Gelüste Frankreichs auf die Rheingrenze, wie denen Oesterreich-Ungarns gegen die Gelüste Rußlands nach dem Besitz Konstantinopels; zugleich fände das deutsche Element in Oesterreich durch dieselbe den erforderlichen mächtigen Rückhalt, um sich gegen den wachsenden Andrang der slavischen Nationalitäten zu behaupten und damit seinen innerlich berechtigten civilisirenden Einfluß auf diese Nationalitäten in deren eigenem wohlverstandenen Interesse zu wahren. Oesterreich konnte sich nicht dazu entschließen, diesen einzig richtigen Weg zu betreten — weil es, darüber ist eine Täuschung allerdings nicht möglich, den Vorrang dabei Preußen hätte einräumen müssen. Das erlaubte ihm sein Stolz nicht, wie er ihm seiner Zeit nicht erlaubt hat, Venetien rechtzeitig und mit politischem und materiellem Vortheil freiwillig abzutreten, so daß es vorzog, dasselbe durch das Schwert zu verlieren ohne allen Vortheil als den der Ehre. Dazu fehlt die Einsicht nach oben wie nach unten in Oesterreich. In den sog. maßgebenden Kreisen denkt man lieber an „Rache für Sadowa“, obgleich dazu die Kraft fehlt und in den verbreitetsten und einflußreichsten Organen selbst der deutschen Presse zieht man es vor, sich die Zustände Preußens

absichtlich recht schwarz zu malen und zwar so wie sie entschieden nicht ^{Öster-} sind und mit den süddeutschen Demokraten nach gemeindeutschen Zu- ^{reich.} ständen zu streben, wie sie zum Mindesten auf Jahrzehente hinaus noch ganz und gar keine Aussicht auf praktische Verwirklichung darzubieten im Stande sind.

Preußen war offenbar in viel günstigerer Lage als Frankreich ^{Preußen.} und noch viel mehr als Oesterreich. Ist seine Entwicklung auch, wie zugegeben werden muß, eine nichts weniger als übereilte, vielmehr eine sehr langsame, so ist sie doch in und durch die neuen Verhältnisse seit 1866 eine vollkommen gesicherte. Der neue Geist hat mit Hindernissen aller Art zu kämpfen, aber das ist an sich ganz und gar kein Unglück, wenn er sie nur allmählig überwindet. Wie wir gesehen haben, war Graf Bismarck mit seinen Steuerprojecten, durch welche das preußische Defizit beseitigt werden sollte, nicht glücklich gewesen weder im Reichstag noch im Zollparlament: er war damit an dem vollberechtigten Widerstand der Volksvertretung gescheitert und es war klar, daß er auf andere Mittel und Wege bedacht sein müsse, wenn jenes Defizit beseitigt werden sollte. Es blieb nichts anderes übrig als dieß durch den preußischen Landtag zu versuchen, der zu diesem Ende hin schon auf den 6. October einberufen worden war und durch eine Thronrede des Königs eröffnet wurde. Ohne Verzug legte ihm die Regierung das Budget für 1870 vor. Das Defizit wurde darin vom Finanzminister v. d. Heydt zu 5½ Millionen beziffert, nachdem er dasselbe nur wenige Monate früher dem Reichstag gegenüber und um diesen für die Steuerprojecte zu gewinnen, auf das Doppelte nämlich auf 10½ Millionen veranschlagt hatte. Diese Thatsache konnte nicht umhin, bei allen Parteien einen schlechten Eindruck zu machen und da noch einige Schlappen des Ministers dazu kamen, gab er seine Demission und wurde durch den gemäßigt liberalen Camphausen ersetzt. Dieser fand seinerseits schnell das Mittel, das Defizit ohne Steuererhöhung durch die Consolidation der Staatsschuld und die Verminderung der Amortisation zu beseitigen, worauf das Abgeordnetenhaus auch einging. Sein Eintritt in das Ministerium sowie die Ernennung des Präsidenten des Bundeskanzleramtes, v. Dellbrück, zum preußischen Minister ohne Portefeuille verstärkten die liberalen Elemente der preußischen Regierung und waren, wie die frühere Ernennung Leonhardts zum

preußen. Justizminister an die Stelle des Grafen zur Lippe, sehr geeignet, den Geist desselben nach und nach mit demjenigen des norddeutschen Bundes in Einklang zu bringen. Selbst Graf Eulenburg, der Minister des Innern, brachte endlich den Entwurf einer neuen Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen ein, der von allen Parteien wenigstens als eine brauchbare Verhandlungsgrundlage erkannt wurde. Nur der Minister v. Mühler blieb derselbe wie bisher, indem er ein umfassendes neues Unterrichtsgesetz zur Vorlage brachte. Daß es in dieser Gestalt von einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses angenommen werde, davon war von vorne herein keine Rede und als er bei einer anderen Gelegenheit dem Geiste des Hauses schroff gegenüber trat, gab er dem Abgeordneten Ziegler zu einer glänzenden Philippica Gelegenheit, die damit schloß: „Es bleibt nichts anderes übrig als eine Adresse an den König mit dem Begehren: Dieser Minister von Mühler muß fort.“ Vorerst kam es zu einer solchen Adresse freilich noch nicht. Dagegen unterlagen die Versuche der Gegner des norddeutschen Bundes selbst im Herrenhause: ein particularistischer Antrag des Grafen zur Lippe gegen die doch von Sachsen vorgeschlagene Einsetzung eines Bundesoberhandelsgerichts wurde mit 52 gegen 48 Stimmen verworfen; ebenso fiel aber auch im Abgeordnetenhause ein von der Fortschrittspartei ausgegangener Antrag auf Abrüstung d. h. auf Verminderung des Bundesheeres. Selbst eine vermittelnde Tagesordnung der Nationalliberalen fand keine Mehrheit. Letztere wollte über diese Frage vorerst keinen Conflict mit der Regierung suchen und scheint überdies der Ueberzeugung gewesen zu sein, daß der norddeutsche Bund gerüstet bleiben müsse, wie er es sei, so lange Frankreich nicht unzweifelhaft darauf verzichtet haben werde, sich möglicher Weise doch früher oder später in die deutschen Dinge gewaltsam einzumischen. Dagegen fand der Antrag der Nationalliberalen Lasker und Miquel, sich für die Ausdehnung der Competenz des Bundes auf das gesammte bürgerliche Recht auszusprechen, trotz der Opposition der Particularisten die ansehnliche Mehrheit von 218 gegen 116 Stimmen. Trotz aller Schwierigkeiten consolidirt sich der norddeutsche Bund und die Majorität des preussischen Abgeordnetenhauses ist es nicht, die demselben Hemmnisse bereitet.

Süd-
deutsch-
land.

Dagegen läßt sich nicht läugnen, daß die Ausdehnung des

Bundes auf ganz Deutschland außer Oesterreich durch den Hinzutritt der süddeutschen Staaten im Laufe des Jahres 1869 keine Fortschritte gemacht hat. Diese Aussicht schien am Schlusse des Jahres sogar in weitere Ferne gerückt als jemals seit 1866. Zwar blieb die Stellung Hessens und Badens dieselbe wie bisher: Hessen muß und Baden will sobald wie möglich dem norddeutschen Bunde beitreten. Aber für Bayern und Württemberg ist vorerst weder das eine noch das andere der Fall. In Württemberg trat der Landtag während des Jahres 1869 nicht zusammen, aber durch die Presse und die Volksvereine fuhr die demokratische Partei fort, gegen Preußen mit allen Kräften zu agitiren, und einige Nachwahlen zur zweiten Kammer fielen neuerdings im Sinne dieser Partei aus, so daß sie die Hoffnung nährt, allmählig die Majorität des Landtags zu erringen. Bedeutsamer gestalteten sich die Dinge in Bayern, wo, wie wir gesehen, ein vollständiger Umschwung eintrat und die ultramontane oder patriotische Partei schon im Mai bei den allgemeinen Abgeordnetenwahlen den Sieg davon trug. Bei den Wahlprüfungen im October verlor sie zwar die Majorität momentan wieder und stellte sich ein vollständiges Gleichgewicht der Parteien her, so daß keine Präsidentenwahl zu Stande kam und die Kammer neuerdings aufgelöst werden mußte. Aber bei den neuen Wahlen im November siegte sie nochmals und trug 80 gegen 74 Sitze davon, obgleich das Ministerium durch eine veränderte Wahlkreiseintheilung dießmal entschieden auf Seite der liberalen Parteien getreten war. Die Minister des Innern und des Cultus, v. Hörmann und v. Gresser, fielen diesem Siege zum Opfer, dagegen blieb der Minister Fürst Hohenlohe und mit ihm die Bürgschaft eines zwar zurückhaltenden aber doch freundlichen Verhältnisses Bayerns zu Preußen und dem norddeutschen Bunde. Die neue Kammer trat vor Ende des Jahres nicht mehr zusammen. Allein ein ultramontanes Regiment gehört doch auch in Bayern zu den Unmöglichkeiten und auch einen Beitritt Bayerns zum norddeutschen Bunde wird die patriotische Kammermehrheit auf die Dauer nicht im Stande sein zu verhindern, ja es ist sehr die Frage, ob sie, gerade wenn sie mit ihren Tendenzen momentan durchbringen sollte, das was sie verhindern will, nicht umgekehrt geradezu beschleunigt. Jedenfalls ist die patriotische Partei in Bayern so wenig als die demokratische

Süd-
deutsch-
land.

Süd-
deutsch-
land. Württembergs im Stande, das gewaltige Werk nationaler Einigung Deutschlands, das Preußen unter der Leitung des Grafen Bismarck seit 1866 unternommen hat, zu verhindern. Wohl aber ist nicht zu leugnen, daß die Ungewißheit der Zukunft und die Unsicherheit einer Erhaltung des Friedens, der sich in Wahrheit so zu sagen nur von Monat zu Monat und von einem Zwischenfall bis zum anderen mühselig fristet, nicht zum geringsten Maße dem Particularismus der süddeutschen Staaten zur Last fällt, die dadurch Frankreich ermuntern, Preußen fort und fort zu bedrohen. Einem unter der starken Leitung Preußens geeinigten Deutschland gegenüber wäre dieses wohl genöthigt, auf eine gewaltsame Einmischung in die Angelegenheiten Deutschlands definitiv zu verzichten.

Rußland. Wesentlich in Folge der Unfertigkeit des deutschen Bundesstaats, so lange die süddeutschen Staaten sich particularistisch von demselben fern halten, in Folge der zweifelhaften Haltung Oesterreichs gegenüber den deutschen Dingen, die ganz den Eindruck macht, es möchte gerne, wenn es nur könnte, in Folge der Politik Frankreichs, das jedenfalls sich über die Ereignisse des Jahres 1866 noch nicht beruhigt hat und möglicher Weise doch nur einen günstigen Moment abwartet, um sich mit Preußen zu messen, in Folge der durch all das bedingten ungewissen Lage Europas, in der sich Preußen um seiner deutsch-nationalen Politik willen in Wahrheit isolirt sieht, ist und bleibt dieses genöthigt, sich näher an Rußland anzuschließen, so wenig das auch den Gefühlen der öffentlichen Meinung in Deutschland zusagt. Das stillschweigende Einverständnis zwischen beiden entspricht den momentanen Interessen beider. So lange Oesterreich in seiner zweideutigen Haltung gegenüber Preußen-Deutschland beharrt, wird es von Rußland im Schach gehalten und darf es mit Rücksicht auf die Zustände in Galizien und mit Rücksicht auf diejenigen an der untern Donau nicht trauen, mit Frankreich gegen Preußen gemeinsame Sache zu machen. Dagegen hat Rußland hinwieder von Preußen keine Schwierigkeiten bezüglich seiner Politik in Polen und den sogenannten Gouvernements zu besorgen. Diese Politik wäre unter anderen Umständen allerdings sehr geeignet, Westeuropa im Interesse der Humanität wie der Politik in die Schranken zu rufen. Aber Westeuropa rührt sich in der That nicht und scheint theils von seinen eigenen Interessen, theils von der auf-

strebenden Macht Preußen-Deutschlands völlig präoccupirt; allein ^{Rußland.} selbst wenn dem nicht so wäre, so hätte Rußland von Westeuropa nach den Erfahrungen des letzten orientalischen Krieges, nicht allzuviel zu besorgen, so lange Preußen auf seiner Seite steht und sich der polnischen Nationalität nicht annimmt. Einen besonderen Anlaß dazu hat aber Preußen in der That nicht, so lange die Polen wie bisher in ihrer deutsch-feindlichen Gesinnung verharren und überhaupt fort und fort nur zu deutlich zeigen, daß sie noch immer gar nichts vergessen und sehr wenig gelernt haben. Deutschland allein wäre in der Lage, sich der Polen und ihrer von Rußland allerdings mit Füßen getretenen Nationalität wirksam anzunehmen. Aber das wird erst möglich sein, wenn die Polen eine ganz andere Selbst-erkenntniß an den Tag legen, als dieß bis jetzt der Fall ist. Ob es überhaupt jemals der Fall sein wird, muß dahingestellt bleiben und erscheint bis jetzt als sehr zweifelhaft. Inzwischen geht Rußland gegen ihre Nationalität wie gegen ihren mit der Nationalität allerdings eng verbundenen und fast nicht trennbaren Katholizismus aufs rücksichtsloseste vor. Das Jahr 1869 bildete darin nur die Fortsetzung der früheren Jahre seit 1863, ohne neue Züge aufzuweisen. Die orientalische Frage ruhte nach Beilegung der griechisch-türkischen Differenz, ohne daß jedoch gegenüber der Pforte die Politik Rußlands eine andere geworden wäre. Es fährt fort, die Türkei als einen kranken Mann zu betrachten und wartet auf seinen Tod, da es sich als den natürlichen Erben desselben betrachtet.

Befriedigender waren die inneren Zustände der Vereinigten ^{Verein.} Staaten Nordamerikas. Bis Anfangs März dauerte zwar der An- ^{Staaten.} tagonismus zwischen dem Congreß und dem Präsidenten noch fort. Mit dem 4. März lief aber die Amtsbauer Johnson's ab und trat General Grant an seine Stelle. Den von ihm gehegten Hoffnungen und Erwartungen entsprach er nicht ganz; doch setzte er sich sofort wenigstens in Einklang mit dem Repräsentantenhause wie mit dem Senat. Die Wiederherstellung geordneter Zustände in den ehemaligen Rebellenstaaten des Südens und die Hebung der Finanzlage blieben die Hauptgesichtspunkte seiner Politik. In die europäischen Dinge mischte sich die Union unter seiner Leitung nicht ein. Die Differenzen mit England ließ er vielleicht absichtlich unerledigt, ohne



Verein. inbeß seinerseits etwas zu thun, um dieselben noch mehr zu ver-
 Staaten. bitttern. Gegenüber Cuba, das sich der spanischen Herrschaft zu ent-
 ziehen suchte, übte er gewissenhafte Neutralität. Auch die öffentliche
 Meinung in der Union scheint nicht danach zu verlangen, die An-
 nexion der Insel irgend wie zu beschleunigen. Früher oder später
 kann sie ihr doch nicht entgehen, so wenig als Canada, das sie als
 Compensation in der Alabamafrage ins Auge gefaßt hat. Im Mai
 erfolgte die Vollenbung der Pacific-Bahn, die einen ununterbrochenen
 Schienenstrang vom atlantischen zum indischen Ocean bildet. Ueberall
 in der Union wurde dies große Ereigniß angemessen gefeiert. Mit
 der Eröffnung des Suezcanals im November bildet es zwei That-
 sachen, die manches scheinbar wichtige politische Ereigniß an Be-
 deutung für die Civilisation der Welt weit überragen.
